

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4153) vierteljährlich 1.80 M., für 2 Monate 1.20 M., für 1 Monat 60 Pfg. exkl. Bestellgeld.

Chefredaktion:  
**Dr. Bruno Schoenlant.**

Inserate werden die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pfennige. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr selb in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftszeit 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6 part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telephon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Leipzig, 23. Januar.

Man schreibt uns:

Das gepriesene Grundprinzip der kapitalistischen Ordnung ist das „freie Spiel der Kräfte“. Was Wunder, daß diese „Ordnung“ nur ein wirres Durcheinander und Gegen-einander ist, dessen kulturwidrige Unsinnigkeit nachgerade auf allen Gebieten unerträglich zu werden beginnt. So ist es erklärlich, daß auf einem Arbeitsfeld nach dem andern das Bedürfnis nach planmäßiger immer Gestaltung schärfer empfunden wird. Organisation — lautet das Zauberwort, das die Erlösung aus dem alten Wirrwarr verkündet und das Hineinwachsen in die zukünftige Ordnung anbahnt. Eine der beachtenswertesten, in Deutschland aber noch sehr wenig beachteten, Organisationsbestrebungen ist die von England ausgegangene, sogenannte University-Extension (sprich: Universitäts-Extension). Man hat das Wort mit „Universitäts-Erweiterung“ zu übersetzen versucht. Das giebt aber eine zu enge Vorstellung. Es handelt sich um eine planmäßige, von den Universitäten ausgehende Organisation aller Volksbildungsbestrebungen für Erwachsene.

Bevor die University Extension in Wirksamkeit getreten war, herrschte in England, wie heute noch in Deutschland, das „freie Spiel der Kräfte“ im Veranlassen von populären Vorträgen und Lehrkursen, sowie im Gründen von Bildungsvereinen, Lesezirkeln und Volksbibliotheken etc. So fehlte an dem kleineren Orten dem nach Wissenserweiterung dürftenden Manne aus dem Volke oft jede Bildungsgelegenheit. In größeren Orten wurden von den verschiedensten Seiten und in der verschiedensten Absicht vielleicht eine Anzahl belehrender Vorträge veranstaltet, aber ohne inneren Plan und Zusammenhang, so daß nur eine oberflächliche Kurzung, nicht aber eine einigermaßen erschöpfende und gediegene Belehrung geboten werden konnte. Die weiten, oft planlos in die Kreuz und Quer verdoppelten Reisen der Vortragenden machten zudem die einzelnen Vorträge meist so kostspielig, daß der Geldaufwand nicht im Verhältnis zum Erfolg stand.

Hier setzte nun die Universitäts-Erweiterung zunächst ein, indem sie System und Ordnung in die Veranstaltung von populären Vorträgen zu bringen suchte. Als hervorragendster Bahndreher der Bewegung gilt der Professor an der Universität Cambridge, James Stuart, der heute im Parlament sitzt. Er legte, nachdem er einige Jahre Reiseerfahrungen als Vortragender gemacht hatte, im Jahre 1871 der Universität Cambridge den Plan vor, von der Universität

aus populäre Vortragskurse in den verschiedensten Orten, wo es gewünscht werde, zu veranstalten. Der Vorschlag wurde nach eingehender Prüfung vom Senat angenommen. Zu seiner Durchführung wurde ein besonderes Sekretariat als die dirigierende Centralinstanz für die von der Universität ausgehende Popularisierungsarbeit eingerichtet. Folgende Gesichtspunkte wurden für die Popularisierungsarbeit dann befolgt: An Stelle isolierter Einzelvorträge traten zusammenhängende Vortragskurse; die Hörer erhielten gedruckte Leitfäden in die Hände, und für diejenigen, die sich ernstlicher in die Sache hineinarbeiten wollen, wurden besondere Diskussionsstunden, sogenannte „Klassen“, eingerichtet, in denen Zweifelsfragen erörtert, freiwillige schriftliche Arbeiten besprochen und Fingerzeige zu weiterer Lektüre gegeben wurden. Wer Lust hatte, konnte auch nach Ablegung eines Examens vor einer von der Universität bestimmten Kommission, ein Zeugnis über die erlangten Kenntnisse erhalten.

Die von Cambridge ausgehende Bewegung machte gute Fortschritte. Dadurch ermutigt, errichtete man im Jahre 1875 in London eine zweite Centrale für Popularisierungsarbeit. Zwei Jahre darauf wurde auch in Oxford ein Sekretariat für Popularisierung des Universitätsunterrichts gebildet. Der erste Sekretär war Arthur Nelson, der jetzige englische Unterrichtsminister. Von der Universität Oxford wurde als weiterer Fortschritt die Einrichtung getroffen, mit den Lehrern auch „wandernde Bibliotheken“ ins Land hinauszuführen. Auch die übrigen Universitäten Großbritanniens traten in die Bewegung ein, so daß heute das ganze Land von einem geordneten Netzwerk übersponnen ist. Nach dem kürzlich ins Deutsche übersetzten, über die ganze Bewegung gut orientierten Buche von Dr. James Russell\* wurden im Jahre 1894 in England allein 700 Kurse abgehalten. Außer den wandernden, meist der Universität angehörenden Lehrern errichtete man auch feste Lehrstellen für Volksbildungsarbeit außerhalb der Universitätsstädte. Im Jahre 1893/94 gab es in Cambridge Bezirk 114, in Oxford 169, in ganz England circa 400 solcher Lehrstellen. Die Vortragskurse erstrecken sich auf alle Gebiete der Wissenschaft. So wurden im Lehrjahre 1890/91 von den drei ältesten englischen Centralstellen zusammen 159 Kurse in Geschichte und Nationalökonomie, 191 Kurse in Naturwissenschaft und 104 Kurse in Litteratur und Kunst veranstaltet.

\* Dr. James Russell, Die Volks-Hochschulen in England und Amerika (Extension of University Teaching). Deutsch von Wilhelm Beyer, Leipzig, Volkshändlers Verlag, 1895.

Nach in den übrigen Ländern englischer Zunge hat sich die Popularisierungs-Bewegung Bahn gebrochen, besonders in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Hier sind Philadelphia, Chicago und Newyork die hervorragendsten Centralstellen. In Amerika hat sich zu den übrigen Bildungsmitteln noch der „briefliche Unterricht“ hinzugesellt. Dadurch wird es fernwohnenden, durch ihren Beruf an abgelegene Orte gebundenen Leuten ermöglicht, direkt von der Universität aus fortgesetzte Anleitung zum Studium der verschiedenen Wissenszweige zu erhalten. Von den drei genannten amerikanischen Centralstellen aus wurden im Lehrjahre 1892 bis 1893 zusammen 264 Kurse vor 47211 Zuhörern veranstaltet; 1367 der Zuhörer lieferten schriftliche Wochenarbeiten und 1016 bestanden eine Schlussprüfung.

Zu den dirigierenden Centralstellen, Wanderlehrern, Wanderbibliotheken, lokalen Lehrstellen, brieflichen Unterrichts-erteilungen traten dann in Amerika und später auch in England noch regelmäßige populäre Sommerkurse in den Universitätsstädten selbst während der Universitätsferien. Private Spenden und Staatszuschüsse erleichterten die Benutzung derselben auch seitens Unbemittelter.

Einen Ueberblick über den Umfang der ganzen Bewegung und einen Einblick in ihre Bedeutung gab der erste internationale Kongress für Popularisierungsarbeit der am 22 und 23. Juni 1894 in London tagte. Es waren ungefähr 600 Delegierte anwesend als Vertreter der verschiedensten Central- und Ortsstellen von Großbritannien, Canada, Australien und den Vereinigten Staaten. Vom europäischen Festland waren Belgien, Italien, Norwegen und Schweden vertreten. Das gemeinsame Ziel ist klar zusammengefaßt in dem Berichte des Ausschusses der Direktoren der Amerikanischen Gesellschaft. Danach will die Popularisierungsarbeit „Bildung unter Leuten verbreiten, die zu alt sind, um sich noch auf die Schulbank zu setzen und nicht im Stande, ihre ganze Zeit auf das Studieren zu verwenden; sie will daran gewöhnen, mit Nutzen zu lesen, korrekt zu denken und sein Leben richtig anzufassen; sie will das geistige Leben erwecken und anspornen, und das alles zu dem Zwecke, soziale Fortschritte einzuführen und die Verhältnisse der Gesellschaft nach den verschiedensten Richtungen hin für alle ihre Mitglieder gehaltvoller und erfreulicher zu gestalten.“

Deutschland war auf dem Kongresse nicht vertreten. „Das Volk der Dichter und Denker“ marschirt in dieser Sache wieder einmal ganz hinten. Unsere Universitäten stehen viel zu hoch über dem gemeinen Volke, als daß sie daran dächten, ihre Bildungskräfte und Wissensschätze auch gewöhnlichen Sterblichen zugänglich zu machen. Die Wissen-

## Seuilleton.

18] Stadtsend verboten.

### Die Entgleisten.

Eine Katastrophe in sieben Tagen nebst einem Vorabend von Ernst von Wolzogen.

Der Schlafraum für die Schüler befand sich in einem Anbau nach dem Stätteplatz hinaus über dem früheren Pferdestall, der aber jetzt gleichfalls leidlich wohnlich für die Dienerschaft eingerichtet war. Einzig der alte Schimmel, von den Schülern spottweise die Himmelsziege genannt, hatte hier noch sein Quartier, nur durch eine dünne Wand von Karl Möllers Schlafgemach getrennt.

Es war stochfister und eifig kalt in dem weiten Bodenraum. Denn der eiserne Ofen, der sich darin befand, wurde erst immer eine halbe Stunde vor der üblichen Schlafenszeit angeheizt, damit die jungen Herren nicht gar zu sehr beim Ausziehen fröden.

Harro tappte im Finstern nach Streichhölzern umher. Es dauerte eine geraume Zeit, ehe er sie gefunden und Licht gemacht hatte. Dann holte er aus der untersten Schublade seiner Kommode — je zweien der Schüler stand eine solche Verfügung — eine in der hintersten Ecke unter der Wäsche versteckte Bibel hervor. Der grausame Spott seiner Schlafkameraden hatte ihn bald genug dazu vermocht, das gewohnte abendliche Bibellesen und das im Knien vor dem Bett verrichtete Nachtgebet aufzugeben. Die Frömmigkeit der alten Tanten, die ihn erzogen hatten, war dem tollsten Spiritismus näher gewesen als dem reinen Christentum.

Teufels- und Gespensterfurcht, Spinnwebaberglauben und allerhand wunderliche Fettersenderei waren ihre wichtigsten Bestandteile gewesen. Die heilige Schrift hatte ihnen mehr noch denn als Erbauungs- als Zauberbuch gegolten, das vor jeder wichtigen oder auch unwichtigen Entscheidung als Orakel befragt werden mußte.

Niemals hatte der arme Knabe bisher an diesen Altwelberthorheiten zu zweifeln gewagt. Die Enfantelikeit und der ausschließliche Einfluß seiner abergläubischen Umgebung hatten seine Phantasie auf Kosten der Denkfraft entwickelt und auf die krausesten Bahnen gelenkt. Der Spott, dem er in diesem Hause von Anfang an ausgesetzt gewesen war, hatte ihn zwar in tiefstem Herzen verwundet, aber seinen Glauben doch nicht zu zertrümmern vermocht. Nur daß Jürgen, der ihn oft genug vor den Kränkungen der anderen in Schutz genommen, ihn doch auch wegen mancher gelegentlich zu Tage getretenen abergläubischen Dummheiten derb ausgezankt, das hatte ihn bedenklich gemacht und ihn vermocht, wenigstens seine Visionen für sich zu behalten und nicht mehr das Orakel zu befragen.

Jetzt aber, wo ihm dieser große Schreck so plötzlich auf die Nerven gefallen war, wo er sich Mitschuldiger einer großen Sünde wähnte, einer unverzeihlichen Heiligtumschändung, jetzt trieb ihn die Gewissensangst dazu, mit der zitternden, hilflosen Knabenhand wie einst nach dem ihm zur Hilfe entgegengestreckten Finger des Herrn zu greifen. Er sah die hilflose, nackte Gestalt des Sekreuzigten in Lebensgröße vor sich, er sah, wie der Heiland kummervoll, mit mildem Vorwurf das Haupt bewegte, wie er den großen durchdringenden Duldungsblick gerade auf ihn richtete, und er hörte eine Stimme sprechen:

„Mache Dich eilends auf und gehe von hinnen und befrage den Herrn, der Deinem Glauben so oft schon ge-

holfen hat, was Du thun sollst, um den Born des Ungerechten von Deinem Haupte abzuwenden.“

Und Harro stellte die Bibel aufrecht vor das Licht, zog sein Taschmesser heraus, klappte die Klinge auf und murmelte, noch atemlos vom raschen Lauf und dem plötzlichen Schrecken:

„Im Namen des dreieinigen Gottes! Herr, Herr, gib mir ein Zeichen!“

Dann stach er das Messer von oben langsam in das heilige Buch hinein und klappte es an der Stelle auf, die ihn der Zufall treffen ließ.

Hesekiel 1, 2, 3 sah er als Ueberschrift über der Seite, und dann flog sein ängstlicher Blick über die erste Spalte; aber die Buchstaben tanzten vor seinen Augen in dem flackernden Licht der Kerze. Er drückte die Lider fest zu und atmete tief, um sich zu beruhigen. Und dann begann er am Ende der ersten Spalte zu lesen.

Es war der fünfte Vers des zweiten Kapitels: „Sie gehorchen oder lassen's. Es ist wohl ein ungehorsam Haus; dennoch sollen sie wissen, daß ein Prophet unter ihnen ist. Und Du Menschenkind sollst Dich vor ihnen nicht fürchten, noch vor ihren Worten fürchten. Es sind wohl widerspenstige und stachelichte Dornen bei Dir und Du wohnest unter den Storpionen; aber Du sollst Dich nicht fürchten vor ihren Worten noch vor ihrem Angesicht. Ob sie wohl ein ungehorsam Haus sind.“

Harro blickte auf, sein blaßes Antlitz verklärte sich, er fuhr sich mit der Hand über die Stirn und seufzte tief auf. O, mochten sie nur spotten über sein Orakel, es hatte damit doch seine Richtigkeit — ja seine trostbringende, beseligende Richtigkeit! Es war ihm außer allem Zweifel, daß Gott selbst ihm die Hand gelenkt und die Klinge des Messers auf diese Stelle gerichtet habe.

Schaft ist bei uns zu „vornehm“; sie soll ein Privilegium der Reichen und Mächtigen bleiben. Und die herrschende Gesellschaft ist zu sehr mit der Rüstung gegen den äußeren und mit der Drangsalierung des inneren Feindes beschäftigt, als daß sie sich für eine Kulturaufgabe begeistern könnte, die dem Volke den Weg zum Licht und zur Wahrheit erleichtert. Wenn nicht das werththätige Volk selbst seine Fortbildung und Aufklärung in die Hand genommen hätte, wahrhaftig, es sähe schlimm aus mit der Volksbildungsarbeit in Deutschland. Glücklicherweise aber hat der Sozialismus von Anfang an neben dem wirtschaftlichen und politischen Kampf sich auch die Hebung der Intelligenz und die Verbreitung von Wissen aus allen Gebieten der Forschung angelegen sein lassen. Wir wissen, daß die Denkfähigkeit und die Unwissenheit die größten Hemmschuh des Fortschrittes sind, und darum bekämpfen wir sie mit allen Mitteln, die wir haben.

Die herrschenden Klassen werden schwerlich in die Populärarbeitsarbeit nach englischem Muster eintreten. Das werththätige Volk Deutschlands wird auf sich selbst angewiesen bleiben. Damit ist eine ähnliche, von den Universitäten aus geleitete, umfassende Organisation von Vorträgen, Kursen u. bei uns so gut wie ausgeschlossen. Eins aber können die auf dem Boden ehrlichen Fortschrittes stehenden Bildungsvereine und Komitees vielleicht ins Auge fassen. Gewiß lassen sich für größere Bezirke, Provinzen und ganze Länder Centralstellen schaffen, an welche die Wünsche um Vorträge von den einzelnen Orten zu richten wären, und von denen aus dann die Vortragenden planmäßig dirigiert würden. Die Ersparnisse an Schreibereien, an Zeit und Reisekosten wären außerordentlich bedeutend, es könnte viel mehr mit den nämlichen Mitteln erreicht werden, und man könnte auch den Wünschen kleiner und kleinster Orte viel weiter entgegenkommen, als das heute möglich ist. Wissen ist Macht! Vorwärts auch auf diesem Wege zur Macht!

**Politische Uebersicht.**

In das Kapitel „Militarismus“ verweist die Straßburger Post eine Neuerrung, die ihr in der diesjährigen Ordensliste des Reichsanzeigers aufgefallen ist. Da steht z. B., daß den Kronenorden 4. Klasse bekommen haben die Herren: Meyer, Premierlieutenant a. D., Landgerichtsrat in Memel. Meyer, Hauptmann der Landwehr, Oberlehrer in Ulfeld. Meyer, Hauptmann der Landwehr, Kaufmann in Döna. Bernich, Hauptmann der Reserve, Feuerlöschinspektor in Kiel. Winkelhausen, Secondlieutenant der Landwehr, Kaufmann in Pr. Stargard. Und so durchweg; erst der militärische Rang, dann die amtliche Stellung oder der bürgerliche Beruf. So gehört es sich auch in Deutschland, wo das Bürgertum das Bajonett anbetet, und der weiland Reichstagspräsident v. Levetzow zu feierlichen Akten im Reichstag erschien — als Major der Landwehr! —

Es ist aus der Zahl der industriellen Gerichtsverfahren und der industriellen Unglücksfälle in England ersichtlich, daß der neue Home Secretary Sir W. Ridley in der Beaufsichtigung des Fabrikwesens ebenso stramm ist wie sein Vorgänger Asquith. Im Dezember 1895 fanden 201 gerichtliche Verfolgungen statt, gegen 147 im Vorjahr, nicht weil das Ueberschreiten des Gesetzes zunimmt, sondern weil die Inspektoren zahlreicher sind und von oben ermutigt werden.

Weniger erfreulich sind die Thatsachen über Unfälle. Auf der Balkanhalbinsel sind in England im Dezember geblieben: 50 Eisenbahnangestellte, 47 Fabrik- und Werkstattarbeiter, 68 Grubenarbeiter, 224 Matrosen und 8 Unklassifizierte; diese letzteren wurden unter einem neuen Gesetz angemeldet. Diefen 397 Todesfällen stehen 318 im Dezember 1894 gegenüber. Nicht tödliche Unfälle waren 2602, worunter 628 Eisenbahnarbeiter, 653 Grubenarbeiter, 945 Arbeiter in Fabriken und Werkstätten. Angenscheinlich kommt nur eine kleine Zahl der Unfälle in Gruben und Bergwerken zur Anzeige, so daß ein wirksames Gesetz, das die Haftpflicht der Unternehmer ihren Angestellten gegenüber verschärft, zur Nothwendigkeit gehört.

Ja, er war in ein ungehorsames Haus geraten; aber er brauchte sich nicht zu fürchten vor den Skorpionen. Und ein Prophet war im Hause — o — wer wohl dieser Prophet sein mochte? Er holte sich einen Stuhl herbei und las mit aufgestützten Armen, der Kälte nicht achtend, weiter, um vielleicht eine Aufklärung zu finden. Aber da war von einem Briefe die Rede, den eine Hand vom Himmel dem Propheten entgegenstreckte, und es stand geschrieben:

„Du Menschenkind, Du mußt diesen Brief, den ich Dir gebe, in Deinen Leib essen und Deinen Bauch damit füllen. Da ich ihn und er war in meinem Munde so süße als Honig.“

Das verwirrte den armen Knaben nur. Er klappte das Buch zu. Er wollte über das Rätsel dieses Briefes nicht weiter grübeln; denn er wußte aus schlimmer Erfahrung, daß so etwas nur schlaflose Nächte und böse Träume im Gefolge hatte.

Aber wer mochte der Prophet sein — der Prophet in diesem ungehorsamen Hause voll Skorpionen? — Er selbst vielleicht? Er erschrak zusammen vor dem Frevel solcher Ueberhebung. Und dann ließ er der Reihe nach die Hausgenossen im Geiste an sich vorüberziehen. — Der Direktor vielleicht? — Nein, der konnte es nicht sein, denn der sagte ja zu allem Unfug Ja und Amen, damit ihm nur ja keiner von den Skorpionen davonkäme. — Oder vielleicht der Gouverneur? — O, gewiß nicht! Sie wußten ja alle im Hause, daß den der Teufel Alkohol schon fest in seinen Klauen hielt! — Der Vicentiat am Ende? Der war wenigstens ein verordneter Diener des Wortes. Aber nein! Der wohnte ja gar nicht im Hause, und zudem . . . Harro mußte trotz des fieberhaften Ernstes, mit dem er nachdachte, lächeln, wenn er sich den dicken, blöden, verschmupften Kan-

**Deutsches Reich.**

**Der Flottenlotter.**

Die Marinefanatiker, die eine Steigerung des Marineetat's fordern, finden einen Eideshelfer in dem Organ des Doppelwährungsritters Arendt, im Deutschen Wochenblatt. Wieder singt er das Lied von der „starken Regierung mit der starken Reichstagsmehrheit“ und empfiehlt die „Schaffung einer großen deutschen Flotte“, um „Deutschlands Weltmachtspolitik“ zu fördern.

So beschließen die Flottenpatrioten die Glückwunschkarte des Wilhelm II. an Dom Paul, den Präsidenten vom Transvaal und den letzten Trinkspruch des Kaisers, der von dem „größeren Deutschland“ jenseits des Meeres gesprochen hat, wie die britischen Politiker von dem „greater Britain“, dem „größeren England“, das in allen Kontinenten gebiete, zu sprechen lieben, so erst am 21. Januar der englische Kolonialminister Chamberlain, auch in einem Trinkspruch (siehe die heutige Notiz unter Großbritannien). Aber die Welt ist vertheilt, und die Kolonialabenteuer unter dem Zeichen Veist, Wehlan, Peters sind eine verhängnisvolle Wahnung. Mehr Schiffe, mehr Kosten, neue Steuern! Und wozu? Um nach einer Luftspiegelung zu jagen, sollen Zeit und Blut der Nation darangeht werden.

Was verlangt das deutsche Wochenblatt? „Die üblichen Bewilligungen einiger Schiffsbauten reichen nicht aus, nach englischem Vorbilde muß ein energischer Schritt unternommen werden. Es bedarf dazu keiner neuen Steuern, keiner Mehrbelastung des Volkes, die Mittel müssen durch eine neue Kulleihe von mindestens 300 Millionen Mark aufgebracht werden, deren Verzinsung nebst den Mehrausgaben für die Marine durch eine Konversion der 4 prozentigen Reichs- und Staatspapiere, eine ohnehin durchaus notwendige Maßregel, so unlieb sie den Interessenten sein mag, leicht aufzubringen ist. Daß das gegenwärtige Ministerium im gegenwärtigen Reichstag solche Forderungen durchsetzt, ist allerdings ausgeschlossen und ebenso ausgeschlossen ist es, daß die Auflösung des Reichstages etwas zu bessern vermöchte. Erst eine starke, einheitliche Regierung, dann eine starke, einheitliche nationale Bewegung unter völliger Ausföhrung der durch den Antrag Kaniz entworfenen, thatsächlich aufeinander angewiesenen Elemente — und dann eine entschiedene deutsche Weltmachtspolitik mit all ihren Folgerungen nach innen und außen, seine halben Maßregeln, sondern Vollbampf voran. Wenn Kaiser Wilhelm II., unser geborener Führer, uns diese Wege weist, dann wird eine immer mehr erstarkende nationale Bewegung ihm in deutscher Treue zur Seite stehen und mit ihm den Schwur auf die nationale Fahne leisten.“

So fabuliert die lomische Person der Währungspositiv, und was er sagt, ist nur das offene Bekenntnis, was sehr einflußreiche — „Wasserfreunde“ und Marineschwärmer schneidlich wünschen.

Die Auflösung, womit jetzt die Offiziösen ab und an frechen gehen, ist freilich ein Experiment, das der Regierung sehr teuer zu stehen käme.

Eine Marinevorlage aber „im großen Stile“ brächte den den Konflikt. Wird dann aufgelöst werden, was dann?

**Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.**

Wegen Majestätsbeleidigung wurde von der Strafkammer in Oels die 70jährige Witwe Czernowka zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Beleidigung soll vor zwei Jahren anlässlich der Durchreise des Kaisers nach Wirschowitz erfolgt sein. Eine Greisin von siebzig Jahren, die vielleicht ein rasches Wort gesprochen hat und nun von irgend einem Denunzianten ins Unglück gestürzt wird!

Aus Harburg wird gemeldet: Der Arbeiter August Sch. aus Jamlich, Kreis Lübben, soll sich in hiesigen Krankenhause, wo er als Kranker war, wiederholt beleidigend über den Kaiser geäußert haben. Er wurde daher verhaftet.

\* Berlin, 23. Januar. Der deutsche Kaiser hat folgenden Erlaß im Reichs-Anzeiger durch den Kanzler veröffentlicht lassen: „Mit herzerhebender Begeisterung hat das deutsche Volk in Einmütigkeit mit seinen erlauchten Fürsten das 25jährige Bestehen des neu begründeten Reiches gefeiert und dabei nicht nur in Dankbarkeit der Männer gedacht, deren Weisheit und Hingebung die langerschte Wiedervereinigung der deutschen Stämme zu einer starken und achtunggebietenden Gemeinschaft geschaffen haben, sondern auch von Herzen gelobt, sich der großen Vergangenheit würdig zu erweisen und allezeit in deutscher Mannentreue zu Kaiser und Reich zu stehen. Mit

leuchtender Farbe ist dieses Geköbnis mir aus allen den zahlreicheren Telegrammen und Schriften entgegengetreten, welche Tausende von Deutschen im In- und Auslande bei der Erinnerungsfeyer des denkwürdigen Ereignisses als Ausdruck ihrer reinen Vaterlandsliebe mir gewidmet haben. Ich bin dadurch herzlich erfreut und in dem Vertrauen bestärkt worden, daß das deutsche Volk die Eigenschaften des 18. Januar 1871 sich nie und nimmer nehmen lassen und seine kostbarsten Güter im Aufblick zu Gott allezeit zu verteidigen wissen wird. Allen, welche mir ihre Mitarbeit an der weiteren Festigung deutscher Einheit und Förderung deutscher Wohlfahrt kundgegeben und in treuer Anhänglichkeit meiner gedacht haben, spreche ich Meinen wärmsten Dank aus.“

Der Kanzler giebt ferner bekannt, daß, nachdem durch die rechtskräftigen Urteile des Berliner Landgerichts I vom 26. November und 12. Dezember 1895 gegen die in Wien erscheinende Zeitung Volkstribüne — Organ für die Interessen des arbeitenden Volkes — Verurteilungen auf Grund der §§ 41 und 42 des Strafgesetzbuchs erfolgt sind, in Anwendung des § 14 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 (Reichs-Gesetzbl. S. 65) die fernere Verbreitung dieser Zeitung auf die Dauer von zwei Jahren verboten wird. —

Am 1. Januar d. J. ist das Reichsgesetz vom 15. Juni 1895, betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschifffahrt, in Kraft getreten. Durch dieses Gesetz ist die bisher nur für Seeschiffe bestehende Einrichtung des Schiffsregisters auch auf Binnenschiffe von einer gewissen Tragfähigkeit ausgedehnt worden. Die Eigentümer der Schiffe sind verpflichtet, sie zur Eintragung in die von den Amtsgerichten geföhrten Schiffsregister anzumelden. Diese Verpflichtung erstreckt sich auch auf die schon vor dem 1. Januar d. J. erbauten Schiffe. Um die Einführung der neuen Einrichtung der Schiffsregister zu erleichtern und die Schiffsbesitzer zu veranlassen, ihrer Anmeldepflicht „rasch und willig“ nachzukommen, wird dem preussischen Landtage ein Gesetzesentwurf vorgelegt werden, der die in § 78 des Preussischen Gerichtsverfassungsgesetzes vom 25. Juni 1895 festgesetzte Gebühr für die Eintragung von Schiffen und die Erteilung von Schiffsbriefen auf  $\frac{1}{10}$  herabsetzt, falls die Anmeldung zum Schiffsregister bis zum 30. Juni 1896 erfolgt. —

Es wird fortbahardiert. Der neue preussische Polizeiminister hat der Evangelischen Missionsgesellschaft für Deutsch-Ostafrika die Erlaubnis erteilt, zum besten der Krankenpflege in Deutsch-Ostafrika eine öffentliche Auspielung von Kunstgegenständen zu veranstalten und die Lose — 15000 Stück zu je 50 Pf. — im ganzen Bereiche der Monarchie zu vertreiben. Die Ziehung der Lotterie soll am 15. Oktober d. J. in der Bodschwingschen Anstalt Bethel in Vrielefeld stattfinden. Aber nicht bloß für die Heidenbekehrung ist das Lotterielpiel gut.

Der Minister des Innern hat auch dem Verein zur Förderung der Hannoverischen Landesjagd die Erlaubnis erteilt, eine öffentliche Verlosung von silbernen Gegenständen zu veranstalten und die Lose zu vertreiben. —

Im preussischen Landtage haben die Junker bei der Etatsdebatte sich durch den Grafen Limburg-Stirum dahin vernehmen lassen, daß sie fest zum Antrage Kaniz halten und sich mit dem Bund der Landwirte einig wüßten. Graf Limburg-Stirum hat ferner seinen Vorschlag gegen die Christlich-socialen der Raumanischen Richtung ausgeprochen. Am zweiten Tage versuchte der Junker von Kröcher, die konservative Parteileitung von der Schuld der Verschleppung in Sachen Hammersteins rein zu waschen. Herr v. Kröcher, bekanntlich früher Mitglied des Kreuzzeitungskomitees, der eine Zeilang auch als Verleger gezeichnet hatte, gab unumwunden zu, daß das Kreuzzeitungskomitee für die bedauerliche Verschleppung der Hammersteinschen Angelegenheit verantwortlich sei, dagegen wollte er die Parteileitung von jeder Schuld freisprechen. Er bemühte sich, dies aus einer „historischen“ Darlegung des Falles Hammerstein nachzuweisen. Neues war in dieser Darstellung sonst nicht enthalten, aber Herr v. Kröcher durchkreuzte seine eigentliche Absicht selbst dadurch, daß er offen zugab, nur die Furcht vor der Wiftole des „edlen“ Freiherrn v. Hammerstein habe ihn und Herrn v. Mantensel seiner Zeit dazu bewogen, nicht eher Schritte gegen den hochadeligen Ganner zu unternehmen. v. Kröcher und Herr v. Mantensel sind bereits im Januar vorigen Jahres davon überzeugt gewesen, daß Hammerstein, wie sich der konservative Redner vorzüglich ausdrückt, „kein Gentleman“ sei. Herr v. Kröcher sprach auch etwas von einer harmlosen Gutmütigkeit des Kreuzzeitungskomitees, das erst im Juni des verflossenen Jahres die ganze Sache überhaupt vor das Forum

didaten Stöhr als Propheten vorstellte. — Uteb noch der neue Professor übrig. Den kannte er noch nicht. — Der mochte es vielleicht sein. — Ja, wenn es statt „Prophet“ geheißten hätte: „ein Engel“, dann hätte er freilich ganz genau gewußt, wer damit gemeint sei!

Er starrte glücklich lächelnd in die flackernde Kerzenflamme hinein, bis ihm die Augen übergingen. Ein Engel! Ach, ein wirklicher leibhaftiger Engel war eingezogen in dies ungehorsame Haus und wohnte gleich ihm unter den Skorpionen! O, sicherlich, das hatte der Herr ihm sagen wollen, als er ihn diese Prophetenstelle finden ließ:

„Fürchte Dich nicht, Du Menschenkind, ich habe Dir meinen Engel gesendet, daß er Dich tröste in der Verwirrung Deines Geistes und in der Verwirrung Deines Herzens!“

Und er faltete seine Hände auf der Bibel und sandte ein stummes Dankgebet gen Himmel für die empfangene Stärkung seines Glaubens und für den holden Trost, der ihm geworden.

So fand ihn Mansell Schmolsten, als sie mit dem Kohlenkasten und einer alten Stalllaterne hereintrat, um Feuer zu machen und die Betten aufzudecken.

Harro erhob sich verwirrt und wollte die Bibel verdecken. Aber die Alte klopfte ihm freundlich lächelnd auf die Schulter und drückte ihn auf seinen Stuhl zurück.

„Ne, ne, junger Herr, laß es sich man nicht stören! Dat deist oof bi Gott nödig, dat wenigstens een in't Hus bäden dheit. Ne, ne, ne, ic segg, sünd dat Swienegel, wat sünd dat för Swienegel! Dor hüppen see in de Schoofstuhw rüm as wie sonne Pojasse in 'u Theater und dee seine Jud späkt dorro up den Harmonijum up. Unf' Herr Direktor un dee niege Herr Lehrer, dee sünd grad' dormang kamen, wie dee grooten Slängels unse Frö'leins

hoch smäten hebben, grad' as wie bi uns de Dierns up de Dahrenklaatsch. Dat mit den Harmonijum, dat is nu oof den Herrn Direktor to väl weft, un dat lütte Fräulein Huhn, dee möt dat wol düchtig krägen hebben von ehren Vadder. Dee Koel seggt, hei häd ehr so fast an 'n Arm packt un rufführt, ahn' een Starbenswurt. Dee Diern dheit mi leed, dee weit noch nicht, wat dat för sichte Wünschen sünd. Newerst ic weit dat. Töhw' noch mal!“

Sie ballte die Faust und drohte nach der Thür hin. Und dann klopfte sie nochmals dem Knaben auf die Schulter und sagte mütterlich herzlich!

„Bäd man to, mien leiw Sähu! Bäd för uns all! Wi sünd alltomal Sünder!“

Es verhielt sich in der That so, wie Mansell Schmolsten berichtet hatte. Durch das wüste Lärmen herbeigezogen, waren der Direktor und Doktor Huhn nach dem Schulzimmer hinübergewandert und gerade zurecht gekommen, um das Stegreiffest auf dem Höhepunkt der Ausgelassenheit angelangt zu finden. Die Herren Schüler hatten aber durchaus nicht etwa ein schlechtes Gewissen, sondern begünstigten vielmehr ihren Direktor und ihren Professor mit Hurra und Tusch. — Selbstverständlich ergriff ersterer die gute Gelegenheit, eine kleine Rede vom Stapel zu lassen, welche von dem sittlichen Wert jugendlichen Frohsinns im allgemeinen und von der hygienischen Nützlichkeit des Tanzens insbesondere handelte; denn er war natürlich weit entfernt davon, einen Vorwurf zu wagen. Dennoch aber sah er sich genötigt, ihnen die Benutzung der baptistischen Notorgel zu welslichen Zwecken mit mildem Ernste zu verbieten. Denn er wollte natürlich dieser frommen Bruderschaft, die ihm doch immerhin zweihundert Mark wert war, kein Kergerniß geben.

(Fortsetzung folgt.)

der Partei gebracht habe. Der **Nichtgenosse** Hammerstein aber hat noch viele Monate nachdem die Mantuffel ihn als Lumpenkerl kannten, den offiziellen Wortführer, Fraktionsredner und Umsturzbestreuer gespielt. Die Nichtgenossen sind stets im Kampfe gegen den Sozialismus, mögen sie Hring-Wahlow, Raporta oder Hammerstein heißen.

Man liest in der Kreuzzeitung: „Die Staatsbürger-Zeitung behauptet, am letzten Sonnabend habe in der Kapelle des königlichen Schlosses nach Schluß des Festgottesdienstes ein Herr beim Weggange im Hinblick auf die von Kirchendienern gehaltenen Sammelbüchsen zu den Herren seiner Umgebung geäußert: „Hier wird wohl für die nothleidenden Landwirte gesammelt?“ Dieser Herr soll, wie die Staatsbürger-Zeitung weiter behauptet, der Staatssekretär a. D. v. Jacobi gewesen sein. Auf Grund eingezogener Erkundigung können wir erklären, daß Herr Dr. v. Jacobi weder die obigen Worte, noch etwas Ähnliches gesagt hat.“

Zu einer christlich-sozialen Versammlung hat vorgestern der Redakteur des Volks, Herr v. Gerlach, das Tischgespräch zwischen den Christlich-Sozialen und der konservativen Partei zerhackt. Diese treibe jetzt kapitalistische Politik und wolle nichts mehr von sozialen Reformen wissen. Schließlich erklärte er, er hätte gewünscht, daß Söder den letzten Beschluß des Eisenrathes mit seinem Austritt beantwortet hätte. Er könne sein Verhalten nicht billigen.

Ueber den Plan einer großen **Marinevorlage** im Reichstage glaubt der Hannov. Cour. mitteilen zu können, daß diese Vorlage erst erfolgen werde, nachdem die bereits im Etat vorgesehene Marineforderungen bewilligt seien. Die Bismarckblätter hegen zu einem Konflikt wegen der Marine.

Die Deutsche Tageszeitung, das Organ des Bundes der Landwirte, schimpft noch immer auf den preussischen Landwirtschaftsminister. Er habe die Minister v. Marschall und v. Boetticher gebeten, in ihrem Bunde der dritte zu sein. Der Minister „soll früher Weise gewesen sein“. Man wisse jetzt nicht, ob man ihn als „sogenannten Nationalliberalen“ oder „sogenannten Konservativen“ ansehen solle. Wegen die Ministerreden im Reichstag polemisiert die Korrespondenz, indem sie dieselben als „roh und plump“ bezeichnet, als Proklamierung eines wirtschaftlichen Nihilismus, als „nicht würdig“ der ersten Diener des Königs.

Das kommt davon. **Böse Nachwirkungen** hat das Bankett im Schlosse zur Jubiläumfeier für das Wohlbedinnten einer größeren Zahl von Personen — es werden in dieser Beziehung etwa 30 Abgeordnete und auch Personen aus Hoffreisen genannt — gehabt. Sie erkrankten in der folgenden Nacht unter **Bergigungserscheinungen**. Man führt allgemein die Erkrankung zurück auf den Genuß verdorbener oder nicht richtig behandelte Austern, die sich in einem Frischsee befinden haben sollen. Bei den Gästen aus mehreren Sälen, insbesondere aus dem Weissen Saale, traten solche Erscheinungen ein. Welch unpatristisches Anternstkrasse!

Der Bund der Landwirte will am 18. Februar im Anschluß an die „landwirtschaftliche Woche“ seine Generalversammlung in Berlin abhalten. Wird das ein Spektakel werden!

Erst Hammerstein-Boxen, dann v. Feilich. Im Landtage wandte sich der bayerische Polizeiminister gegen die **Rationalisten**. Er sagte: „Ich möchte doch mit ein paar Worten darauf aufmerksam machen, daß man nichts Unmögliches verlangen und daß man bei allen Forderungen die bestehenden Verhältnisse in Rechnung ziehen soll, namentlich auch die Finanzlage des Staates, die bestehenden Handelsverträge, die anderen Berufsstände, welche hierbei in Frage kommen, und daß man nicht ungemessene Forderungen stellt. Durch solche Forderungen, durch welche die und da in agitatorischer Weise eine große Masse der Bevölkerung ganz falsch berichtet wird, wird nur geschadet, nichts genutzt, und die Staatsregierung wird solchen Agitationen auch mit aller Entschiedenheit entgegen treten.“

**Sangerhausen, 22. Januar.** Am 23. Januar gelangt hier die bekannte **Privatbeleidigungssklage** des Reichstagsabgeordneten, Geheimen Kommerzienrath Freiherrn von **Stumm-Halberg** gegen den christlich-sozialen **Pastor Köhlsche** (Sangerhausen) zur Verhandlung, die ein Nachspiel zu den Angriffen bildet, die Freiherr von Stumm in den Reichstags-Sitzungen vom 9. Januar und 7. Februar vorigen Jahres gegen die christlich-sozialen Geistlichen und die „Kathedersozialisten auf den Lehrstühlen unserer Hochschulen“ richtete.

Eine Folge dieser Beschuldigungen war zunächst die vielbesprochene Duellangelegenheit des Freiherrn von Stumm mit dem gegenwärtigen Rektor der Friedrich-Wilhelms-Universität, Geheimen Regierungsrath, Professor Dr. U. Wagner. Auch der Verklagte, der zu den eifrigsten Mitgliedern der christlich-sozialen Partei gehört und der radikalsten Naumannschen Richtung zuzählen ist, antwortete in einer geharnischten Broschüre, die zu Anfang des vorigen Jahres im Verlage von Reinhold Werber (Leipzig) erschien unter dem Titel: **Offener Brief an den Herrn Reichstagsabgeordneten Geheimen Kommerzienrath Freiherrn von Stumm** und Genossen von Hermann Köhlsche. Die Schrift, die an Freiherrn von Stumm persönlich gerichtet ist, wendet sich gegen die Beurteilung der christlich-sozialen Bewegung und der evangelischen Arbeitervereine, sowie gegen deren Organe Volk und Hilfe durch die Abgeordneten v. Kardorff, v. Zedlig, Bueck und insbesondere v. Stumm.

Die Beleidigungssklage des Reichstagsabgeordneten Freiherrn von Stumm wirkt, wie die Vossische Zeitung berichtet, dem Verfasser der Flugchrift, Pastor Köhlsche in Sangerhausen, vor nicht nur sachlich, sondern auch wider besseres Wissen, in der unverkennbaren Absicht, die Person des Privatklägers in der öffentlichen Meinung verächtlich zu machen, wahrheitswidrige Behauptungen aufgestellt zu haben: der Verklagte habe sich nicht eingehend über die Verhältnisse in Reumünster unterrichtet. Erst nach Erscheinen der Schrift habe er an einen Amtsbruder Anfragen gerichtet. Seine Behauptungen über die Wohlfahrts-einrichtungen seien von Grund aus irrtümlich. Ueber diesen Punkt hat der Privatkläger umfangreiche Erhebungen anstellen lassen.

Dem Verklagten wird zum Vorwurf gemacht, daß er bei seiner eigens zu Studienzwecken unternommenen Reise nach Reumünster die zahlreichen Wohlfahrts-einrichtungen übersehen habe, obgleich es ihm leicht gewesen wäre, aus den gedruckten Aufstellungen, die jedem Besucher der Werke zur Verfügung gestellt werden, den Umfang der Einrichtungen zu erkennen. Auch die ebenfalls gedruckte „Arbeitsordnung von 1892“ hätte er sich leicht zugänglich machen können. Um so bedauerlicher sei das Vorgehen des Beschuldigten. Eine Folge sei wohl, daß dem Privatkläger im Februar vorigen Jahres ein Drohbrief von einem Anhänger der christlich-sozialen Richtung zugegangen sei, worin es hieß, „ihm würde ein Ende gemacht werden. Im

Auftrage der christlich-sozialen Räder“. Der Privatkläger will durch umfangreiche Zeugenvernehmungen den Nachweis führen, daß auch die Behauptungen des Verklagten über die kommunale Thätigkeit des Privatklägers und die über dessen Widerstand gegen die Dampfbohrn, weil durch diese seine Knispferde scheu werden könnten, unwahr seien. Bei den morgen beginnenden Verhandlungen hat der Privatkläger, Freiherr v. Stumm, als Rechtsbeistand zur Seite die Rechtsanwälte Geh. Justizrat Schliekmann, v. Köller und Dr. Kiel aus Halle a. S., der Verklagte, Pfarrer Köhlsche, den Rechtsanwalt Friedrich (Sangerhausen).

+ **München, 23. Januar.** (Privattelegramm der Leipziger Volkszeitung.) Unsere Genossen im Landtage brachten heute folgenden Antrag ein: Die Kammer wolle beschließen: Die königl. Staatsregierung sei zu ersuchen: 1. bei künftigen Anstellungen von Assistenten der Fabrik- und Gewerbeinspektion auch geeignete Personen aus dem Arbeiterstande zu berücksichtigen, sowie 2. in den Etat der nächsten Finanzperiode eine Forderung für die Anstellung von zunächst einem weiblichen Assistenten einzustellen.

**Frankreich.**

Die von 21 Abgeordneten und Senatoren gegen die **France** wegen Verleumdung und Veröffentlichung ihrer Namen in der Liste der 104 angeklagten Prozesse werden am 16. Februar vor dem Schwurgericht der Seine beginnen. Die Anklagekammer hat beschlossen, daß alle 21 Prozesse nacheinander vor einem Gericht zur Verhandlung kommen sollen. Die Verteidigung der France wurde dem früheren Abgeordneten und Polizeipräsidenten Andreux, einem Hochpfeilrichter und Enthüller so mancher Panamisten, übertragen.

Die Regierung erhielt eine Drahtmeldung des Generalresidenten in Madagaskar, Laroché, aus Tananarivo unter dem 18. d. M., worin er mitteilt, die Königin habe den von dem Ministerium abgeänderten Protektionsvertrag ohne jede Abänderung unterzeichnet.

**Italien.**

**Rom, 22. Januar.** Offiziösen Nachrichten aus Mafalle zufolge, das von den Schoanern umzingelt ist, wurde durch Graben Wasser aufgefunden. Die Trinkwasserzufuhr ist den eingeschlossenen Italienern von den Belagerten abgesperrt. Die Auslieferung Hammersteins dürfte, da die Erledigung der Formalitäten viel Zeit in Anspruch nimmt, nicht vor Februar erfolgen.

Drei neue Bataillone gingen von Neapel nach Massanah ab; die Crispische Kolonialpolitik verschlingt immer neue Opfer. Heute brachen Tumulte an der Universität aus bei der Vorlesung des Literatur-Professors Ceci. In letzter Zeit sind häufig „Unruhen“ vorgekommen. Die Universität wurde geschlossen.

**Großbritannien.**

Europäischen Prinzen ist Afrika gefährlich. Der gegen die Aschantis ausgezogene Verwandte der Königin Victoria, Prinz von Battenberg, ist an einem Nervenleiden gestorben.

Die Times meldet aus Kapstadt unter dem gestrigen Tage: Die Verhandlung gegen die politischen Gefangenen in Pretoria findet am 21. April statt.

Die Schweiz ist ersucht worden, in dem alten Behringsee-Straße zwischen England und Nordamerika — es handelt sich um den Robbenfang — Obergewicht zu sein.

**Eine Volkshundgebung und ein verunglückter Demokrat.**

+ **München, 21. Januar.**

Wenn auch die Verhandlungen der Abgeordnetenkammer, welche noch immer in der Generaldebatte zum Etat des Innern stehen, in vieler Beziehung das Interesse wach halten, so erfordert doch eine andere politische Begebenheit den Vortritt in der Besprechung an dieser Stelle. Wir meinen die große Volkshundgebung im Münchener Kindl-Keller, von der wir bereits kurzen telegraphischen Bericht erstatteten. Und die zusammenfassende Betrachtung über die sehr wichtigen Kammerdebatten läßt sich um so eher auf einen Tag verschieben, als morgen die Generaldiskussion, welche recht kennzeichnende Schlaglichter auf die inexistente Situation Bayerns warf, zweifellos geschlossen wird.

Der Saal des Münchener Kindl-Kellers gehört sicherlich zu den größten Versammlungsorten Deutschlands. Er faßt mindestens 6000 Personen. Bereits um 7 Uhr war er so gefüllt, daß die Späterkommenden nur mit Mühe noch einen Platz finden konnten. Das Thema des Abends lautete: 25 Jahre Reichspolitik und die Sozialdemokratie. Referent: Genosse **Vollmar**, den jaft im Jubeljahr eine vieltausendköpfige Menge freudig begrüßte und zur weitestgehenden teilweisen Genesung von den Verbindungen, die auch ihm der „Einigungskrieg“ bescherte. Und wenn die Versammelten ihren Glückwunsch durch stürmische Zurufe zum Ausdruck brachten, so liegt darin nicht weniger als eine spontane Aeußerung von Personentumult, sondern nur die Beteiligte des Solidaritätsgefühls für einen Genossen, den schwere körperliche Leiden nicht abhalten konnten, in der vordersten Reihe eifrig für unsere große Sache zu kämpfen.

Wäre der Moment geeignet zu bissigen Glossen, könnte man eine spitze und treffende Satire schreiben über Kurzlebigkeit und Halbheit byzantinischer Bourgeoisie. Denn den Hintergrund der Rednertribüne, von der aus eine vernichtende Kritik der Reichspolitik und der Reichszustände den tosenden Widerhall der vieltausendköpfigen Versammlung weckte, diesen Hintergrund bildete ein riesiger Leinwandlappen, darauf in unformlicher Größe der Reichsabder die Fänge krachte und die blutrote Zunge wehte. Das Wappentier des wiedererstandenen Reiches — zwei Tage vorher noch umgrüßt vom alkoholbegeisterten Jubel-spektakel zum Festkommers hier vereinigter Corpsstudenten. Die Dekoration blieb, aber die Scene änderte sich. Nach dem Bier-jubelgehohle behänderter Fische der ernste und feierliche Protest des arbeitenden Volkes. Nach der kindlichen Komödie festlichster Bourgeoisöhnchen die Massenversammlung entschlossener Kämpfer. Das Drama nach dem Hauswurfspiel.

Und dann noch eine Ironie der politischen Begebenheit: Morgens hatte in verzweifelter Verlegenheit der Ministergeiß Feilich auf die Anlagen unseres Genossen Scherrn in der Abgeordnetenkammer unter dem forcierten Beifall der Ordnungsmänner gehöhnt, die sozialdemokratischen Versammlungen hätten ihre Zugkraft auf die Arbeiter verloren. Abends tigt die Thät-

sache einer imposanten Massenlunggebung den letzten Schimmer höhnischer Lust aus dem verkniffenen Gesichtsläch des Polizeiministers. Nun, Grillenberger hat's dem Minister auch heute schon quittiert und mag sich dieser unterdessen Trost beim Palamisten holen, der da sagt: „... aller Boshheit wird das Maul gestopft werden.“

Von bekannten Genossen waren in der Versammlung noch anwesend Grillenberger und Scherrn. Und als demokratisch-politische Figur verschleht nicht durch Wege wart zu glänzen Herr Professor Quidde, von dem gleich noch die Rede sein wird.

Vollmar gab in zweifelhünder Rede einen historisch-kritischen Abriss der Reichsgeschichte des verfloffenen Vierteljahrhunderts. Eine glänzende Kritik der unwürdigen Reichszustände, denen der berauschte Jubiläumssjubel des Ausbentertums und seines Trostes erschallt. Ihr Einverständnis mit den Darlegungen Vollmars gab die Versammlung durch nachfolgende Resolution kund:

Die heute den 20. Januar im Münchener Kindl-Keller tagende, von der sozialdemokratischen Partei einberufene und von mehr als 5000 Personen besuchte öffentliche Versammlung für die Reichstagswahlkreise München I und II erklärt ihr volles Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten Genossen Vollmar. Mit ihm ist sie der Ansicht, daß das Volk unter den vorhandenen Verhältnissen keinen Grund hat, die Gründung des Reiches festlich zu begehen. Die inneren, wirtschaftlichen, politischen und Rechtszustände des Reiches fordern zum energischen Protest der überwiegenden Volksmehrheit heraus und die Versammelten erklären mit allem Nachdruck, mit der Sozialdemokratie die Aenderung der bestehenden unwürdigen Zustände zu erkämpfen.

Und sie anerkennen, daß die Sozialdemokratie im deutschen Reiche die einzige Partei ist, welche konsequent für die wirklich politische Freiheit, wie für wirtschaftliche Erlösung eintritt.

Als Diskussionsredner trat Herr Professor Quidde auf. Wer ist Professor Quidde, und was will er?

Ein bürgerlicher Historiker und Millionär, führte er als Mann seiner Frau ein beschaulich Leben, bis ihn seine Caligula-Broschüre dem sensationelstern Publikaum vorführte. Das geschickte geschriebene Pamphlet, dessen Wig übrigens Eingeweichte auf das Konto von Frau Quidde setzen wollen, entfremdete ihn der „besseren Gesellschaft“. Angeblich aus „Gesundheitsrücksichten“ — eine Angabe, die durch die spätere eifrige Agitationsthatigkeit des Herrn Professors Lügen gestraft wurde — leugnete er die geschichtliche Bedeutung des Schriftchens ab, und entging tapfer der Bekanntschaft des Staatsanwalts. Doch die „Gesellschaft“ will ihn nicht mehr. Da greift Quidde nach dem Banner der Volkspartei, das in München der phlegmatischen Faust „Meister Conrads“ zu entsinken droht, Meister M. S. Conrads, des modernen Urdeutschen und germanischen Jola — wie er sich bescheidenlich nennt — und dessen Kege bei dem veruchten Bischofzuge in der Münchener Sozialdemokratie leer blieben. Als echter deutscher „Demokrat“ liehngelt der Herr Professor zuerst mit den „liberal-gejunten“ Preisen Münchens. Seine Galvanisierungsversuche der „liberalen“ Leiche bleiben erfolglos. Da wird er Erzdemokrat. Keine Versammlung so klein, Herr Quidde redet darin. Anfangs ohne Resultat. Das kleine zappelige, stotternde Männchen mit dem prononcierten norddeutschen Dialekt wird von den Münchener Spießhern mehr als anthropologische Kuriosität angestaunt. Aber der Millionär hat Geld zu Agitationsausflügen. Die Reichstags-erfahrwahlen sehen ihn in Niederbayern und Unterfranken auf dem Plan. Mit anerkenntenswerter Energie überwindet er das Stotterübel, der Professorentitel zieht, der Agitationsheller springt, Vorstandswürden der Volkspartei schweben heran. Ganz besonders behagt ihm der von der Sozialdemokratie in München bereitete Boden. Ein warmes Bett, wenn man sich da hineinlegen könnte? Wahlkreis München I? M. d. R.? Das Geld des Millionärs Quidde schafft ein „Parteiorgan“ in München. Der Demokrat Quidde ist unermüdet. Eine Notiz der Neuesten, eine Kaiserrede, eine Festsche, ein Nichts begeistern ihn zur Abhaltung einer Versammlung. Er hat das brennende Bedürfnis, zu „reden“, sich zu hören, sich an seiner eigenen Aufregung aufzuregen. Er vertritt die „scharfe Tonart“.

Das heißt, er macht hauptsächlich in derber Kritik fürstlicher und ähnlicher Persönlichkeiten. Der neue „Festsche-Ritter“. Er wirft mit Ausdrücken an sich, die einem von uns, wenn er überhaupt die Gedankenlosigkeit hätte, die „Föhreihenden“ als Macher der Entwicklung zu bekämpfen, lebenslängliche Gefängnisversorgung brächten. Professorehen geht leer aus. Entweder schäpft der Titel und die bürgerliche Millionärsolidität, oder die Polizei nimmt ihn nicht einmal ernst. Aber eine kleine Zahl Spießbürger läuft ihm jetzt nach. Und wenn er in Versammlungen die „scharfere Tonart“ pappelte, fand er zuletzt auch unter den weniger geschnitten Genossen einen vorübergehenden Beifall. Vorübergehend, weil der Münchener schließlich doch ein Feind alles gekünstelten, erzwungenen ist, namentlich in der Politik.

Gestern Abend machte sich Herr Quidde lächerlich, und das ist der Anfang vom Ende. Der letzte Absatz der Resolution gefiel ihm nicht. Auch die Volkspartei wolle die wirtschaftliche Erlösung, und die Sozialdemokratie sei nicht die einzige u. s. w. Man solle aus Rücksicht auf die zahlreichen, die anderer Meinung seien, den Passus streichen. Was er sonst noch an Kritik einzelner Personen „historisch“ leistete, ist in einem sozialdemokratischen Platte nicht wiederzugeben. Der Redakteur, der es wagte, spazierte unweigerlich ins Loch. Grillenberger gab dem Professor Auskunft über die Sozialpolitik der Volkspartei und sagte ihm, das einzige, was den Parteigenossen des Herrn Quidde übrig bliebe, wenn sie konsequent sein wollten, wäre, sich für überflüssig zu erklären, und zu uns zu kommen. Quidde redete wieder und Vollmar deckte ihn endgültig zu. Man that dem Professor den Gefallen und stimmte geirren ab über die beiden Absätze der Resolution. Beide wurden mit überwältigender Mehrheit angenommen — für Herrn Quidde stimmten 8 Mann!

Die abgeschmackten Mänder des „scharfen“ Demokraten machten die Protestlunggebung erst recht zu einer wirklich imposanten. Denn zweifellos waren viele Nichtsozialdemokraten im Saale, aber mit Ausnahme der acht Quiddeaner war die ganze Versammlung einstimmig der in der Protestresolution niedergelegten Ansicht.

Herr Quidde aber mag seine schätzbaren Kräfte in anderen geeigneten Gefilden ausflärend verwerten. Das Bett, von der Münchener Sozialdemokratie bereitet, ist kein Ruheplatz für kleine ehrgeizige Demokraten.

Gierzu zwei Beisagen.

Sonnabend den 25. Januar abends 9 Uhr

# Protestversammlung

im alten Gasthof zu Pannsdorf.

Tagesordnung: Die Thätigkeit des sächsischen Landtages unter Berücksichtigung der Verschlechterung des Wahlgesetzes.

Referent: Landtagsabgeordneter **Fr. Geyer, Leipzig.**

Arbeiter, Parteigenossen! Sorgt dafür, daß diese Versammlung stark besucht wird. Protestiert durch Massenbesuch. **Der Einberufer.**

551

Sonntag den 26. Januar vormittags 11 Uhr

## Öffentliche

# Volks-Versammlung

im Saale des Pantheons.

Tagesordnung: Die gegenwärtigen Kämpfe der Arbeiter und die Bewegung der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Konfektionsbranche.

Arbeiter, Parteigenossen! Säume keiner, in dieser Versammlung zu erscheinen, die heutigen Verhältnisse machen es doppelt notwendig, alle Mann zur Stelle zu sein. **Der Einberufer.**

552

Freitag den 24. Januar abends 9 Uhr

## Grosse öffentliche

# Metallarbeiter-Versammlung

im Saale der Stadt Altenburg, Lindenau Markt 27.

Tagesordnung: 1. Vortrag: Lohnzahlung, Prämien- und Gewinnbeteiligung. 2. Werkstattangelegenheit. 3. Diskussion zu den Punkten.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

542

**Der Einberufer.**

# Holzarbeiter.

Sonnabend den 25. Januar 1896 im Saale des Felsenkellers zu Leipzig-Plagwitz

## Winter-Vergnügen

bestehend in Instrumental- und Gesangs-Konzert sowie Aufführung eines lebenden Bildes und Ball bis früh.

Programme à 15 Pfg. sind zu haben: Universitätskeller, Restaurant Morgenröte, Elgerengeschäft von Frau Köder, J. Mohr, Länbchenweg 85, Restaurant Nachtigall, Wohlts, Restaurant Felsenkeller, Plagwitz, Restaurant Rameau, Plagwitz, Romenstr. 52, Restaurant Erholung, Lindenau, sowie in den Krankenkassen der Arbeiter in Plagwitz und Lindenau und bei sämtlichen Komitee-Mitgliedern. **Das Komitee.**

419

## Römischer Hof

Empfehle den geehrten Vereinen und Gewerkschaften meine freundlichen Lokalitäten zur gefälligen Benutzung. 500 Personen fassend, mit großen Neben-Zimmern, passend zu christl. Meetings, Wintervergügen, Gesellschafts- und Familien-Festlichkeiten, Versammlungen etc. etc. **Speisen und Getränke vorzüglich.**

Es ladet ergebenst ein

NB. Beschäftigung der Lokalitäten kann jederzeit stattfinden.

**Th. Polze.**

## Gesellschaften und Vereinen

empfehle meinen kleinen zu Festlichkeiten aller Art. **Saal**

Restaurant O. Schindler, Sternwartenstraße 18, Kräftiger Mittagsisch bei musikalischer Unterhaltung zu 50 Pfg. inkl. Bier. Täglich Freikonzert von vorm. 11 Uhr ab.

## Walfisch, Café Brühl u. Nikolaisstr.

Täglich: Grosses Freikonzert. ff. Bier. Borg. Kaffee. M. Guss.

Freitag den 24. Jan. Stattonier im Restaurant Vorsch, gen. Heinrich, M. H. Sch. L. I. Wohlts-Mädern.

## Central-Kranken- u. Sterbekasse der Deutschen Böttcher

(Sitz Bremen). **Mitglieder-Versammlung** Sonnabend den 25. Januar abends 8 Uhr im Gambrius bei Herm. Holzhausen, Reudnitz, Kreuzstraße 48. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Neuwahl des Vorstandes. Fr. Tautz.

## Freie Vereinigung der Radfahrer.

Sonntag den 26. Januar

## Winter-Vergnügen

im Pantheon, Dresdener Straße bestehend in Konzerten und Gesangsaufführungen, Kunstfahrten auf Neben- und Hochrad sowie Reigenfahrt. Hierauf **Ball**. Programme im Vorverkauf à 15 Pfg. sind bei den Komitee-Mitgliedern sowie in den bekannten Verkaufsstellen zu haben. An der Kasse 25 Pfg. **Eintritt 4 Uhr. — Anfang 5 Uhr.** Freunde und Genossen ladet freundlichst ein **Das Komitee.**

Freitag und Sonntag

## Pantheon. Große Ballmusik.

Speisen und Getränke wie bekannt. **Ergebenst ladet ein Gustav Grosse.**

## Zum Georgengarten, Georgenstr. 14

empfehle kräftigen **Mittagsisch** à 40 Pfg. Abonnenten werden gesucht. Auch ist daselbst ein schönes Vereinszimmer frei. **608**

## Restaurant „Graphia“

Seeburgstrasse 28.

## Großes Frühshoppen-Konzert.

Spelsen und Getränke vorzüglich. **Jeden Sonnabend Schweinsknochen.** **O. Grellmann.** **588**

## Culmbacher Hof, Böttchergässchen 11.

Jeden Tag Schweinsknochen, dazu ein feines Glas Culmbacher.

## Ratskeller, Sellaerhausen.

Morgen Freitag **Grosses Schlachtfest.** **Sonnabend von 6 Uhr an Freikonzert.** **Dr. Alchberg.** **550**

## Grosse Auktion!

Freitag den 24. Januar früh von 10-12 Uhr und nachm. von 2 Uhr ab sollen aus einer Liquidationsmasse ein großer Posten feinen Waren als: Hand-, Wisch-, Tisch- u. Taschentücher, Betttücher, Inletts, Bezüge, Normalhemden, Hosen, Jacken, Gardinen u. s. w. meistbietend versteigert werden. **501**

## Plagwitz, Gosenhölzchen.

Caspar Pohl, Aukt. u. Taxat.

## Morgen Freitag Schlachtfest.

Robert Funke, Lindenau, Wundererstr. 15.

## Hühneraugen-Pflaster

das Beste der Welt, Ritterstraße 1. Großer Posten Kleiderstoffeier zu Konfirmations-Kränzen angekommen bei **Lina Stüber, Eisenstr. 46.**

## Käufe und Verkäufe.

Dresdener fetter Gänse von bekannt. Güte, n. einig. Freitag fr. Sendung, Werderstr. 12. 2 Leinwandstücke ab. schwer gold. Herren-Remont. Sav. Anker Uhr u. gold. Damen-Remont. Uhr. b. a. v. Albertstr. 10, S. III. r. Gebrauchte Kinderbettstelle zu kauf. gef. Lindenau, Wismarstraße 82, IV.

## Wohnungsanzeigen.

**Freundliche Schlafstelle für Herr Rathausstraße 30, I. Et. rechts.** 1 Stube, 2 Kamm., K., B. r. 1. April zu beziehen. Bernhardtstraße 41. Logis à 1. April, 8 Stuben, Kammer, Küche, Keller, 840 Mk. Lange Str. 37, I. Freundl. möbl. Stube f. 1-2 Herren zu vermieten. Reudnitz, Luisenstraße 5, III. Eine freundl. möbl. Stube zu vermieten. Neureudnitz, Albertstraße 4, III. r. Wohnung zu verm., 1 Stube, 2 Kamm. u. Küche. Volkmarndorf, Alchstraße 76. Febl. 2 fenstr. Stube u. Kochof. sof. leer zu verm. Neureudnitz, Wilhelmstr. 8, II. r.

## Familienanzeigen.

### Todes-Anzeige.

Heute abend 7 1/2 Uhr verschied unser lieber Sohn **Karl** im Alter von 2 Jahren. Dies zeigen tiefbetrübt an **Ludwig Winter u. Frau.** Reudnitz, 21. Jan. 1896.

## Buchbindermeister Herr Gustav Kappelmann

unerwartet und durch den Tod entziffen. Der Verstorbene war uns ein humaner und einflussvoller Chef, und einer von den wenigen, welcher es verstanden hat, die Sympathie seiner Arbeiter zu erwerben und zu erhalten. **Das Personal der Buchbinderei Kappelmann.** **536**

## Vermischte Anzeigen.

Berl. in der Neujahrsnacht 1 Notizbuch mit Gewerbeschein, Namensbuch, u. Lotterielosen. Abzug im Gambrius, Reudnitz. Junger, kräftiger Mann findet von 6 Uhr abends an sofort Beschäftigung. **Kurbadearbeit 2. Volkmarndorf** Elisabethstraße 27. **545** Einen Klemmerlehrling sucht zu Ostern Aug. Wölfling, Lindenau, Wundererstr. 14. **Komiker** mit Pianoforte, großer Erfolg, für Vereine, Hochfesten empfiehlt sich **549** **S. Anger, Karlstraße 15, IV. I.** 1 W. mit g. Zeugn. f. Stell. a. Portier od. Ähnl. Beschäft. Näh. in der Exp. d. Bl. Eine Frau, geb. an Kinder, sucht Arbeit im Hause. Reudnitz, Georgstr. 6, I. I. Frau sucht Beschäft. in reinen od. Aufwart. Sternwartenstr. 78, S. I. r. Herrenkleider werden repar., gereinigt und modernisiert Länbchenweg 9, II. **526**

Der Ausstoß unseres

# Bockbieres

beginnt Dienstag den 28. Januar 1896.

# Dampfbrauerei Zwenkau.

Verantwortlicher Redakteur: Mich. Lipinski in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Schmidt in Leipzig.

Reichstag.

21. Sitzung vom 22. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Boetticher und Niederding.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag des Abg. Wassermann (natl.) und Gen., auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfes, durch welchen die Bauhandwerker und Bauarbeiter für ihre aus ihren Arbeiten und Leistungen an Neu- und Umbauten erwachsenden Forderungen gesichert werden, wobei insbesondere die Einräumung eines gesetzlichen Pfandrechts an der Liegenschaft in Erwägung gezogen werden soll, welches den durch ihre Leistungen geschaffenen, durch gerichtliche Schätzung festzustellenden Mehrwerth erfasst und allen hypothekarischen Ansprüchen vorgeht, soweit solche den gerichtlichen festzustellenden Werth der Liegenschaft zur Zeit des Baubeginns überschreiten.

Mit diesem Antrage zusammen wird der Antrag der deutsch-sozialen Reformpartei verhandelt, welcher für die betreffenden rechtswidrigen Forderungen die Eintragung einer Vorrechtshypothek verlangt.

Abg. v. Stamm beantragt, in dem Antrag Wassermann den letzten Theil zu streichen, so dass auf die Art und Weise der Sicherung in dem Antrage kein Hinweis enthalten sein soll.

Abg. Wassermann: Der gegen unseren Antrag erhobene Vorwurf, dass er nicht zeitgemäß sei, da die Beschäftigung über ein einseitiges bürgerliches Gesetzbuch unmittelbar bevorstehe, ist nicht begründet. Bis zur Feststellung dieses Gesetzbuches wird viel Zeit vergehen. Auch die verbündeten Regierungen haben neben dem bürgerlichen Gesetzbuch und die Vorlage wegen der Bekämpfung des unantwärtlichen Wettbewerbes gemacht. Es ist die höchste Zeit, dass etwas geschieht, um die schweren Schädigungen, welche durch den schamlosen Wuchswind der Bauhandwerker verurteilt werden, umwandelbar zu machen. Schon liegen 26 verschiedene Vorschläge in dieser Hinsicht vor, die in den letzten Tagen um einen weiteren des preussischen Abgeordneten Walbrecht vermehrt worden sind. Die Frage des Schutzes der Bauhandwerker hat immer weitere Kreise der Bevölkerung ergriffen. Der Bund für Wohnreform hat Jahre lang in diesem Sinne gearbeitet; ebenso der Verband der deutschen Gewerkschaften, weiter auch die preussische Justizverwaltung, die durch den Mund des Justizministers wohlwollende Erklärungen abgegeben hat. Auch die beiden Häuser des preussischen Landtages haben durch ihre Beschlüsse zu den bezüglichen Petitionen die Nothwendigkeit einer baldigen gesetzlichen Regelung anerkannt. Die Frage nach der Höhe der Verluste der Bauhandwerker bei Substantionen ist mit zuverlässigen statistischen Angaben nicht zu beantworten. Der Selbstmord des Berliner Malers Seeger gab den Anstoß zu Erhebungen in dieser Richtung, doch ist das Material lückenhaft. Welchen Umfang die Verluste angenommen haben müssen, kann man aber daraus erkennen, dass in Berlin die Zahl der „Wucherer“, welche die Krankenkassen Gelder unterschlagen haben, 29, ja 32 pCt. in einem Jahre betrug. Jedenfalls beziffert sich diese Verluste auf viele Dutzende von Millionen. Der Reichstag selbst hat schon bei Gelegenheit der Anträge des Zentrums zur Abänderung der Konkursordnung sich mit der Frage beschäftigt, man hat schon damals die Einräumung einer dringlichen Berechtigung am Hause für die Bauhandwerker als eine sehr erwünschte Lösung derselben bezeichnet. Einen Grund dafür, die Sache der Landesgesetzgebung zu überlassen, können wir nicht einsehen. Die Schäden sind in allen großen Städten des Reiches hervorgetreten, und es handelt sich um eine zivilrechtliche Materie.

Im Wege der Selbsthilfe können die Bauhandwerker der Schäden nicht Herr werden. Man giebt ihnen den Rath, nur mit kreditfähigen Bauherren abzuschließen. Das ist ein sehr billiger Trost, mit dem der Handwerker gar nichts anfangen kann, da er sich weder über die Vermögensverhältnisse der Bauherren unterrichten, noch ihnen Bedingungen stellen kann. Die typischen Fälle des Wuchers sind ja bekannt. Ein mittelloser Bauer kauft den Bauplatz, nimmt sofort eine Kautionshypothek auf, bezahlt von den Baugeldern zum Theil das Material, zum größeren Theil vielfach alle Schulden und eigene Bedürfnisse; dann kommt der Krad; die Arbeiter haben mittlerweile ihre Arbeit und ihre Materialien in den Bau gesteckt und dadurch werthvoller gemacht, diese sollen aber bei der Substantion aus. Der durch die Bauhandwerker geschaffene Mehrwerth wird von den Spekulanten und Bauherren verschluckt, während der Handwerker das Nachsehen hat. Diesen Uebelständen hilft der Vorschlag des bürgerlichen Gesetzbuches, den Handwerkern eine Sicherungshypothek einzuräumen, nicht ab. Der Reichsgesetzrath Waehr hat in diesem Uebelstande mit recht eine abentheuerliche Ungerechtigkeit gesehen. Mein Vorschlag geht dahin, beim Baubeginn die Liegenschaft gerichtlich abzuschätzen, wogegen ein Besonderevermerk eingetragen werden kann, nach Fertigstellung des Hauses eine zweite Abschätzung stattfinden zu lassen, welche den Mehrwerth ergibt, den die Bauhandwerker geschaffen haben und auf diesen zuerst die Bauhandwerker anzuwenden. Das hätte den praktischen Erfolg, dass die Bauhandwerker-Hypothek müsste aber schon im ersten Monat nach Fertigstellung des Hauses oder auch etwas später eingetragen werden. Denn, Waehr, Waehr und Gierke haben sich für den von mir vorgelegten Vorschlag ausgesprochen. Der Vorschlag der deutsch-sozialen Reformpartei will ein unbegrenztes hypothekarisches Vorrecht. Das geht nach meiner Meinung zu weit, weil der Bauhandwerker auf den Bauwerth gar keinen Anspruch hat. Den legitimen Verkehr in Grundstücken und Bauten wird der Vorschlag nicht beschränken oder beeinträchtigen. Für den reinen Spekulant hat die Gesetzgebung nicht zu sorgen. Es ist unmoralisch, wenn der Kapitalist für seine Gelder Erlöse einzieht, welche nicht den Verpfändeten, sondern den Arbeitern und Handwerkern gebühren; wird er durch diese Vorschläge zu noch größerer Vorsicht bei Begebung seiner Gelder veranlasst, um so besser. Heute wird vielfach dem unsoliden, vermögenslosen Manne das Baugeld gegeben, weil der Mann strupplos genug ist, aus den paraten Mitteln die Zinsen zu zahlen und der Spekulant nachher beim Krad gesichert bleibt. Die Schwierigkeit der Schätzung, die uns auch entgegen gehalten wird, ist nach der Ausführung des Verbandes der Innungen deutscher Baugewerksmeister gar nicht so groß. Der Vorschlag einer Baupfandrechte bis zur Hinterlegung einer Kautionshypothek an die Handwerker durch Einverständnis der Hypothekengläubiger sind beide praktisch kaum durchführbar; die Hypothekengläubiger werden sich kaum zu dieser Einigung bereit finden lassen und die polizeiliche Baupfandrechte hat die mannigfachen Bedenken gegen sich. Die Einzelheiten der Ausführung meines Vorschlages können getrost der weiteren Entwicklung überlassen bleiben. Es handelt sich hier zunächst um die Forderung, der Sache endlich näher zu treten und dem Wuchswind der Handwerker zu legen. Redner

beantragt, den Antrag in eine Kommission von 14 Mitgliedern zu verweisen. (Beifall.)

Abg. Lohe (deutsch-soz. Reform-P.) freut sich der Thatsache, dass seine Partei in dieser Frage Schulter an Schulter mit der national-liberalen kämpft, die doch an den herrschenden Zuständen, an den Auswüchsen der ungelassenen Gewerbefreiheit wesentlich mit Schuld sei. Es sei aber nicht zuzugeben, dass der Antrag der deutsch-sozialen Reformpartei zu weit gehe; er gehe noch nicht weit genug, denn eigentlich müsse der Schutz der Bauhandwerker dahin ausgedehnt werden, dass der gesammte Raub wieder herausgegeben werden müsste. Man stelle die Vorrechtshypothek der Bauhandwerker als unantwärtbar hin, aber wo ein Wille sei, müsse auch ein Weg sich finden. Geradezu himmelstreichend sei die Zulässigkeit der unendlichen Belastung der Bauten mit Hypotheken. Mit den Spekulantengeld in Hand arbeiteten die meisten Bauherren, die sich noch dazu vielfach besonderer Strohmannen bedienen, die auch ihrerseits an dem Raub theilnehmen. Der Bauunternehmer, der auf einem Bau verbracht sei, fange vielfach sofort einen anderen Bau an, zu dem er neue zu betragende und um das Frühere zu bringende Handwerker sucht und findet. Diesen Individuen müsste vor allem das Handwerk gelegt werden. Steht der Bauunternehmer unter dem Handelsgesetz, so werde er wenigstens vom Gericht bestraft werden können. In Berlin seien in einem der letzten Jahre den Bauhandwerkern 46 Millionen geraubt worden. Dem Antrag auf Kommissionsberathung stimmt Niederding zu, bittet aber um eine solche von 21 Mitgliedern. Der Bauunternehmer müsse als Kaufmann aufgefasst und unter das Handelsgesetz gestellt werden; das Grundbuch müsse außerdem bis zur Fertigstellung des Hauses für alle weiteren spekulativen Manipulationen gesperrt werden. (Beifall.)

Staatssekretär des Reichs-Justizamts Niederding: Die sozialpolitisch und wirtschaftlich gleich ernste Frage des Schutzes der Bauhandwerker hat auch die Reichsverwaltung schon lange beschäftigt. Die Regierungen stehen leinewegs, wie es nach den Reden der Antragsteller scheinen könnte, der Angelegenheit mit verächtlichen Armen gegenüber; es bedarf eines Anstoßes der verbündeten Regierungen, der gesetzlichen Regelung dieser Frage näher zu treten, nicht. Sie wollen auch der Öffentlichkeit gegenüber nicht die Meinung aufkommen lassen, als beruhe die Initiative dafür beim Reichstage. Lange vor diesen und den vorjährigen Anträgen hatte sie die Frage eingehend erwogen. Den ersten Anstoß gab die Fassung, welche § 688 bei der ersten Lesung des Entwurfs des bürgerlichen Gesetzbuches erhielt; die öffentliche Kritik und die Erwägungen der verbündeten Regierungen führten dazu, dass in der zweiten Lesung die ursprüngliche Fassung umgewandelt und eine andere gewählt wurde, die den Forderungen der Bauhandwerker etwas mehr entgegenkommt. Der Standpunkt der verbündeten Regierungen stimmt mit dem beiden Antragstellern dahin überein, dass ein wirksamer Schutz gefunden werden muss. Hier kann nur die Größe und das Maß des Schadens für die Art der Abhilfe maßgebend sein. Für ganz Deutschland aber können die verb. Regierungen die Frage der Nothwendigkeit nicht in gleichem Maße bejahen, vielmehr ist für sie diese Frage eine offene. Um Klarheit darüber zu gewinnen, ist die Reichsregierung mit den verbündeten Regierungen in Verbindung getreten, die Verurtheilungen derselben liegen noch nicht vollständig vor. Die einzelnen Landesregierungen sind aber keineswegs einer Meinung über die Dringlichkeit des Bedürfnisses; eine Reihe von Regierungen hat Erklärungen, welche zum Einschreiten nöthigen, überhaupt nicht wahrgenommen. Dieses Moment muss bei der legislativen Erledigung der Sache mit erwogen werden. Der preussische Justizminister konnte bekanntlich Gesetzentwürfe gleichzeitig vorlegen, welche in seinem Ministerium ausgearbeitet waren; die Justizkommission des Abgeordnetenhanfes hat keinen derselben für vollständig geeignet gehalten. Sie empfahl von der Lösung auf dem Boden des Hypothekensicherheitsgesetzes, Eintragung der Bauunternehmer in's Firmenregister und Ermöglichung der Einräumung des Grundbuchs für die beteiligten Handwerker. Die erstere wird bekanntlich im Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuches vorgeschlagen; die beiden anderen haben im Reichsjustizamt Zustimmung und Würdigung gefunden. Für die heute vorliegenden Anträge sollte sich der Reichstag nicht engagieren. Die absolute Vorrechtshypothek ist auf die schwersten Bedenken gestoßen, aber auch die Sicherung, welche der Antrag Wassermann empfiehlt, ist nur scheinbar. In Frankreich besteht die Bestimmung zu Recht, ist aber völlig wirkungslos geblieben. Wir würden damit den Arbeitern und Handwerkern statt Brotes einen Stein bieten. Die mit der doppelten Lage verbundenen praktischen Schwierigkeiten machen allein schon den Nutzen des Antrages illusorisch. Der Reichstag sollte sich freie Hand behalten und sich nicht auf die Empfehlung dieses bestimmten Vorschlages über die Art der Ausführung festlegen, wenn die verbündeten Regierungen auch erwarten, dass der Reichstag über den einschlagenden Weg nach gründlicher Erwägung aller gemachten Vorschläge eine Direktive andeute.

Abg. v. Stamm (Rp.): Zur Begründung meines Antrages hat schon der Staatssekretär einige Momente angeführt. Das französische Recht ist in seinem auf die Obligationen bezüglichen Theile geradezu unferabel und mit Freuden hat man in der Rheinprovinz seine Aufhebung und die Einführung des Grundbuchs begrüßt. Der ganze Hypothekentradit würde, wenn man diese Bestimmung des Antrages Wassermann wieder aufleben ließe, am Rhein wieder in die Hände von Geschäftleuten übergehen und die Erlangung von Hypotheken für den kleinen Mann aufs äußerste erschwert werden. Es wird viel zu sehr davon ausgegangen, dass der Wuchswind in großen Städten die Regel sei; so schlimm ist es doch noch lange nicht, und in kleinen Städten und auf dem Lande ist doch noch meistens das Baugeschäft in soliden Händen. Jeden Bauherren, also auch den Arbeiter, den Bauer, der sich ein Haus baut, als Kaufmann hinzustellen, das geht mir zu weit; ob die Baupfandrechte viel Zweck hat, kann ich nicht beurtheilen. Es soll und muss etwas geschehen, um den Bauhandwerkern zu schätzen, und warten wollen wir damit auch nicht bis zur Emanation des bürgerlichen Gesetzbuches; weiter aber sollten wir in unserem späteren Beschluss den verbündeten Regierungen nicht erklären.

Abg. Mintzen (B.): Wir haben schon im vorigen Jahre in unserem Antrage zur Abänderung der Konkursordnung einen dem Antrage Wassermann ganz ähnlichen Antrag gestellt. Das Zentrum hat also ebenfalls längst den entscheidenden sozialpolitischen Schaden abhelfen wollen, welche durch die Unbedingtheiten gewisser Bauunternehmer den Handwerkern zugefügt werden. Wir haben damals von der weiteren Verfolgung der Anregung Abstand genommen, nachdem uns der preussische Justizminister erklärt hatte, es sei die Absicht der Justizverwaltung, die Sache durch die Reichs- oder Landes-Gesetzgebung zu regeln. Nachher sind wir aber auf das bürgerliche Gesetzbuch verdrängt worden, und die Sicherungshypothek, die dieses vorschlägt, genügt Herrn Wassermann nicht und

uns auch nicht. Die Belastung von Grundstücken über ihren Werth hinaus ist ein reines Spekulations- und Schwindelgeschäft. Die Bauhandwerker müssen ein Risiko bestehen bei der übergroßen Konkurrenz, wenn sie überhaupt nur Arbeit haben wollen; warum soll ihnen denn also nicht das Gesetz zu Hilfe kommen zum Nachtheil der Schwindler, die diese Leute ausbeuten? Wo der Wuchswind nicht vorkommt, da kann das Gesetz doch auch nicht schaden, da bleibt es eben ohne alle Wirkung. Nicht bloß Preußen, auch Baden und Bayern haben ein hartes Bedürfnis nach dem Gesetz, weshalb soll also ein solches nicht von Reichswegen erlassen werden? Das Privilegium der Bauhandwerker liegt so sehr in der Natur der Sache, dass jeder formale Einwand zurücktreten muss. Wir haben es hier mit einer sozialen Forderung allerersten Ranges zu thun, und wir hoffen, dass der Antrag Wassermann womöglich in seiner jetzigen Form zur Annahme gelangt.

Staatssekretär Niederding: Das Baden und Bayern auch ein Bedürfnis nach dem Gesetz hätten, muss ich bestreiten; wenigstens anerkennt die badische Regierung ein solches nicht. Eine Erklärung der bayerischen Regierung liegt noch nicht vor. Württemberg und Hessen haben sich in demselben Sinne ausgesprochen wie Baden. Das Gesetz würde thatsächlich Schaden stiften da, wo kein Wuchswind vorkommt, denn es würde die Sicherheit des Hypothekensystems überall beeinträchtigen, also den Grundbesitzern wie den Kapitalisten schaden.

Abg. Puchta (fr. P.): Das Bedürfnis ist in der That kein allgemeines, wie es hier dargestellt wird, die Uebelstände sind nicht nur nicht überall, sondern auch nicht überall gleich schwer vorhanden. Es ist der Verlust von 45 Millionen in einem Jahre genannt worden. Die Zahl ist ungeheuerlich übertrieben, wenn man die Zahl der Neubauten in Rechnung stellt. In Wirklichkeit handelt es sich wohl um 4-5 Millionen, eine Summe immer noch groß genug, um ein Einschreiten in Erwägung zu ziehen. Unzählige Male ist es auch der Mangel an Umsicht und Vorsicht, wie sie jeder ordentliche Hausvater haben muss, der zu diesem betragsreichen Verlust der Bauhandwerker geführt hat. Mit dem Antrage der deutsch-sozialen Reformpartei wird ein fest verankertes Schiff losgelassen und den Wellen preisgegeben, es wird der öffentliche Glaube des Grundbuchs vernichtet und die Verantwortlichkeit in die Hände gewisser Baugesellschaften gegeben, welche mit noch größerer Strupplosigkeit die Bauhandwerker ausbeuten würden. Dem Antrag Wassermann raubt die doppelte Lage von vornherein die Möglichkeit praktischer Durchführung. Die Berliner Baupfandreiter hat auch die Lage des Mehrwerths zur Grundlage; mehr als 1/4 aller Beteiligten haben reklamiert; das spricht genügend für die unüberwindliche Schwierigkeit, die sich einer solchen Lösung entgegenstellt. Kommissionsberathung hätte keinen sonderlichen Zweck, aber es kann ja auch auf dem Wege der Unterhaltung über die Anregung informatorisch manches gewonnen werden. Es handelt sich um nichts Unmögliches, sondern um etwas Unübergewöhnliches; mit demselben Rechte wie hier die Bauhandwerker könnten die Arbeiter Sicherung durch Gesetz dagegen verlangen, dass ihnen der Unternehmer nicht mit dem Lohn durchgeht. Daher ist größte Vorsicht bei der weiteren Erwägung der Anträge geboten. Man verpflichte die Bauunternehmer für fremde Rechnung auf das Handels-Gesetzbuch, damit werde sicher relativ mehr erreicht, als auf dem Wege angeblicher Pfandrechte.

Abg. v. Wennigsen (natl.): Ich beantrage, nur den ersten Theil des Antrages Wassermann und zwar ohne kommissarische Berathung sofort im Plenum anzunehmen, da mir eine Meinungsverschiedenheit über diesen bei der Mehrheit nicht vorhanden zu sein scheint. Es sind doch so schwere Uebelstände in so vielen verschiedenen Theilen Deutschlands hervorgetreten, dass es von Werth ist, dass sich der Reichstag im Sinne des ersten Theiles des Antrages Wassermann an die verbündeten Regierungen wendet. Hoffentlich wird uns dann in der nächsten Session eine Vorlage gemacht werden, zumal große statistische Erhebungen auf diesem Gebiet nicht für notwendig erachtet werden.

Staatssekretär Niederding: Ich kann dem gegenüber nur wiederholen, dass Reichsverwaltung und Preußen seit längerer Zeit mit dieser Materie beschäftigt sind und dass nur deren Schwierigkeit den Abschluss unserer Arbeiten verzögert. Ob das bis zum nächsten Jahre möglich sein wird, kann ich jetzt nicht übersehen; vor allem wiederhole ich, dass ein Ersuchen des Reichstages ohne irgendwelche nähere Bezeichnung des Zieles den verbündeten Regierungen nur sehr wenig nützen kann.

Abg. v. Buchta (Dt.): Wir sind mit den Antragstellern der Meinung, dass der Mangel des Wuchers zu den bedenklichsten Folgen zu führen droht und dass das uns gestellte Problem gebieterisch eine Lösung verlangt. Da wir aber in beiden Anträgen die richtige Lösung nicht finden können, stimmen wir zunächst für Kommissionsberathung, können also der Anregung des Abg. v. Wennigsen nicht Folge geben.

Abg. Stadthagen, dessen Rede bei der herrschenden Unruhe des Hauses und vornehmlich, weil er nach rechts gewendet spricht, auf der Journalistentribüne sehr schwer verständlich ist, drückt zunächst seine Verwunderung aus über die Haltung, welche die Reichsregierung zu dieser Frage eingenommen hat. Sobald es sich um den Schutz des werththätigen Arbeiters gegen Schwindel und Ausbeutung handelt, verhält sie faunselig und dilatorisch. Sie scheint den Arbeitern gegenüber überhaupt eine Ausnahmestellung einnehmen zu wollen. Ich stimme dafür, dass die Sache an eine Kommission verwiesen wird und hoffe, dass dort etwas gutes zu Stande kommt. Es ist wunderbar, wie die verbündeten Regierungen sich darauf zurückziehen, dass in einzelnen deutschen Ländern kein großer Nothstand, also kein Anlass zur gesetzlichen Regelung dieser Frage vorhanden sei. Man spricht hier von einer Verlegung von Prinzipien. Stellen Sie doch nicht die Sache auf den Kopf: Das wirtschaftliche Leben hat sich nicht nach juristischen Prinzipien zu richten, sondern umgekehrt. Die Sache muss geregelt werden oder das Reich erklärt, dass es nicht im Stande ist, die werththätigen Arbeiter vor dem allerschwersten Schwindel zu schützen. Man muss auf die wirtschaftlichen Ursachen des Uebels zurückgehen und wenn die verbündeten Regierungen sich die Zeit genommen hätten, die Dinge gründlich zu studiren und namentlich die Rechtsprechung der Gewerbegerichte sich zu Ruhe zu ziehen, so würden sie im Stande gewesen sein, in dem bürgerlichen Gesetzbuch selbst den berechtigten Forderungen auf diesem Gebiete entgegenzukommen. Das Berliner Gewerbegericht ist im Anfang seiner Thätigkeit mit Erfolg gegen die Wuchswindler vorgegangen und hat namentlich die alleinige Gastbarkeit der Strohmannen abgelehnt und auch die herangezogen, die den wirtschaftlichen Nutzen der betreffenden schwindelhaften Manipulation gehabt haben. Leider hat aber diese erfolgreiche Wirksamkeit des Gewerbegerichts durch die leider zugelassene Berufung an ein gelehrtes Gericht ihre Schranken gefunden; das Berufungsgericht hat ausgesprochen, die Arbeiter hätten sich die Folgen eines Abschlusses mit bloßen Subunternehmern selbst zuzuschreiben. Auch Herr Puchta gab den Arbeitern den guten Rath, sie möchten sich vorsehen. Einige betrogene Handwerker haben sich das Leben genommen. Biletschicki schrie er ihnen auch dafür die Schuld zu: warum morden sie sich! Der Antrag Wassermann ist vollkommen zwecklos, er ist nichts weiter als eine Wiederholung des französischen codes civils. Was nützen die schönsten Gesetze,

wenn Sie Richter haben, die mit einer solchen Verständnislosigkeit für die Verhältnisse des wirtschaftlichen Lebens ausgestattet sind! Keineswegs handelt es sich hier um etwas ganz Neues; nach dem im vorigen Jahre ergangenen Wimmenschiffahrtsgesetz hat der Staat für den Arbeitslohn des Schiffsmanns. Wenn das bestehende Vertragsrecht verhindert, den Schwindel und den Schwindler zu fassen, obwohl der Thatbestand klar vor Augen liegt, so ist eben das Recht und die Rechtsprechung krank und bedarf der Abänderung. Nebenher führt ein recht klantes Beispiel eines Berliner Bauhandwerkers an, um zu zeigen, wie notwendig es ist, einen starken gesetzlichen Schutz des Bauhandwerkers zu schaffen. Man macht es sich sehr bequem, die Arbeiter zur Vorsicht zu mahnen. Es giebt Leute genug, die weiter nichts als ihre Arbeitskraft haben und auch Handwerker, die nicht im Stande sind, sich die günstige wirtschaftliche Konjunktur zu sichern, sondern nach jedem Strohalm greifen, um nur Arbeit zu bekommen. Wenn Sie den von uns skizzierten Weg beschreiten und durch einen dementsprechenden Gesetzentwurf dem Bauhandwerker, durch den Tausende und Aber-tausende jährlich geschädigt werden, einen Damm entgegenstellen, so haben Sie mehr gethan, als wenn Sie im bürgerlichen Gesetzbuch eine Scheinvorrichtung geben, die dem Schwindel Thür und Thor vielleicht noch weiter öffnet. Ich bitte um Ablehnung des Antrages v. Hennigsen und Annahme des Antrages auf Kommissionsberatung. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wassermann verzichtet auf den zweiten Teil seines Antrages und auf Kommissionsberatung.

Abg. Verth (fr. Vp.): Mit der Lösung der Aufgabe, wie sie das bürgerliche Gesetzbuch bringt, sind wir speziell in Bayern durchaus einverstanden. Der Vorschlag des Abg. Wassermann würde bei jeder, auch der kleinsten Forderung, in Anwendung gebracht werden und nur den Realcredit erschweren. Dennoch sind auch wir für noch weitergehende Schutzmittel, wenn solche gefunden werden könnten. Bis jetzt scheint das nicht der Fall zu sein. Nach den heutigen Erklärungen des Staatssekretärs der Justiz brauchen wir überhaupt keinen Antrag mehr anzunehmen; sollte der Reichstag aber einen materiellen Beschluß fassen wollen, so nimmt er am besten den Antrag Stamm-Hennigsen an.

Abg. v. Stamm tritt nochmals für seinen Antrag ein.

Abg. Lieber (Z.) ist erfreut, daß der Abg. Wassermann seinen Antrag auf Kommissionsberatung und den zweiten Teil seines Antrages zurückgezogen hat. Der Abg. v. Buchta hat die Einladung des Staatssekretärs zu gemeinsamer Kommissionsberatung, damit man erfahre, wie ungefähr die Ausföhrung des angeregten Gedankens aussehe, mit einer Darnlosigkeit aufgenommen, die ich nicht mehr befinde. Es hat mich diese Einladung ein bißchen an den alten Reichskanzler Fürsten Bismarck erinnert, der uns alle (das Zentrum) seinerzeit aufforderte, doch selbst ausgearbeitete Gesetzentwürfe über den Arbeiterschutz, und zwar in acht Tagen, einzubringen. Mit dem Eingehen auf Kommissionsberatung würden wir die Sache nicht fördern, sondern verschleppen. Ich kann nur hoffen, daß die Sache heute zur Entscheidung und der darin angeregte Gesetzentwurf recht bald an das Haus kommt.

Damit schließt die Debatte. Das Schlusswort erhält zu nächst

Abg. Wassermann: Die Eintragung der Bauunternehmer in das Handelsregister wird den Schäden, welche die Bauhandwerker erleiden, nicht abhelfen, die Einsicht in das Grundbuch für die Bauhandwerker ebensowenig. Die wichtigsten Gründe, welche für eine reichsgesetzliche Regelung der Angelegenheit sprechen, sind durch die Ausführungen von der Gegenseite nicht erschüttert worden. Der Bauhandwerker schreibt von Provinz zu Provinz fort. Wenn Herr Pachtke die Bauhandwerker auf ihre eigene Vorsicht verweist, so widerspricht das den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen und alle Neuerungen der sachverständigen Interessentenkreise. Wenn ich auch den zweiten Teil des Antrages zurückgezogen habe, sehe ich voraus, daß man sich schließlich darauf wird vereinigen müssen, an den Mehrerwerb anzuknüpfen, den die Arbeiter und Arbeiterinnen der Handwerker und Arbeiter geschaffen haben. Bekommen wir keine Vorlage, so wird in der nächsten Session mein Antrag als Initiativvorlage wiederkehren.

Abg. Liebermann von Sonnenberg: Die deutsch-sozialistische Reformpartei kann den Torso des Antrages Wassermann nicht annehmen, weil er ganz überflüssig ist. Es muß eine materielle

Beschlußfassung erfolgen, nachdem die Sache fünf Jahre schon im Fluße ist. Ich nehme den letzten Theil des Antrages Wassermann wieder auf und auch den Antrag der Kommissionsberatung. Will man den Bauhandwerkern nicht helfen, dann mag man es ihnen direkt sagen.

Abg. v. Hennigsen bemerkt, daß die Wiederaufnahme eines Antrages oder eines Theiles desselben nur bis zum Schluß der Diskussion zulässig ist.

Der Antrag auf Kommissionsberatung wird abgelehnt, desgleichen gegen die Stimmen der Antisemiten, Sozialdemokraten und der Abg. Schall, Jacobstötter, Sachse (fr.) der Antrag der deutsch-sozialistischen Reformpartei. Der Antrag Wassermann wird gegen die Stimmen der deutsch-sozialistischen Reformpartei angenommen.

Darauf wird die Sitzung verlagert. Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr (Fortsetzung der Etatsberatung: Postetat).

### Aus dem Reichstage.

Die Reform-Kommission setzte am Dienstag ihre Beratungen mit der Besprechung des § 7 (Fälle des Ausschusses vom Börsenbesuch) fort. Gegenüber der Regierungsvorlage, welche u. a. Personen, welche sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, von dem Besuche der Börse ausschließen will, hatten die Abgg. Graf Ranitz und Dr. Hahn beantragt, Personen, welche aus den §§ 242-246, 268, 264, 266 bis 270. des Strafgesetzbuches (Diebstahl, Unterschlagung, Betrug, Untreue, Urkundenfälschung) verurtheilt sind, nicht zum Börsenbesuch zuzulassen. In längerer Debatte wurde u. a. von Singer darauf hingewiesen, daß nicht Leute, welche sich einmal in ihrem Leben gegen die angezogenen Paragraphen des Strafgesetzes vergangen haben, an dem Börsenbesuch die Hauptschuld tragen, sondern daß die heute finanzlos und die großen Banken dafür verantwortlich zu machen sind. Die Geheimen Kommerzienräthe, die Bankdirektoren, die meist als Stützen von Ordnung, Moral und Sitte angesehen werden, furchen die großen Finanzinstitute, die schlechte Papiere unter die Leute bringen und im Wege des Differenzspiels Mißgeschäfte eintreten, bilden eine Gefahr für das Publikum, nicht aber irgend ein arbeitsloser kleiner Pflücker, der ausgeschlossen werden soll, weil er vielleicht vor Jahren einmal mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommen ist. Wenn der Besuch der bürgerlichen Ehrenrechte zum Eintritt in den Reichstag qualifizire, so müßte er auch für den Besuch der Börse genügen. Allseitig bekämpft wurde der Antrag Dr. Hahn-Ranitz abgelehnt und die Regierungsvorlage angenommen. § 8 (Handhabung der Ordnung an der Börse) ohne Diskussion angenommen. Im § 9 (Ehrengerichtliches Verfahren) beantragt die Regierung die Errichtung eines Ehrengerichts für jede Börse. Die Abgg. Dr. Hahn und Graf Ranitz wollen statt "Ehrengericht" sehen "Disziplinathof". Hiergegen erhebt sich lebhafter Widerspruch auch seitens des Handelsministers, der es als eine Perabsehung des Kaufmannsstandes erklärte, wenn man für ihn andere Bezeichnungen für solche Einrichtungen einföhrt, als wie es bei anderen Berufsständen üblich ist. Aus der Kommission vertreten namentlich Prese (fr. Vp.) und Singer denselben Standpunkt. Letzterer suchte die Motive der Antragsteller in dem Umstand, daß sie dem Kaufmann nicht zusprechen wollten, was ihnen bei Offizieren, Studenten, Beamten u. s. w. als Standesgemäß erschien. Die in dem Antrag liegende Ueberhebung müßte energisch zurückgewiesen werden. Bei der Abstimmung stimmten nur Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Lientenant a. D.) und Abg. Dr. Hahn (Lientenant der Reserve) für den Antrag, die Bezeichnung "Ehrengericht" zu ändern. Bei § 10 (Zuständigkeit des Ehrengerichts) machten dieselben Herren den Versuch, die Jurisdiction des Ehrengerichts auch auf Handlungen der Börsenbesucher auszudehnen, welche nicht im Zusammenhang mit der Thätigkeit an der Börse stehen. Abg. Träger (fr. Vp.) bekämpfte den Antrag, welcher bei der Abstimmung gegen 7 Stimmen abgelehnt wurde. Die §§ 11-14, welche Bestimmungen über die Art des ehrengerichtlichen Verfahrens enthalten, wurden gegen die Stimmen der Freisinnigen angenommen. Wegen Beginn der Plenarverhandlung wurde die weitere Berathung bis auf Sonnabend Vormittag zehn Uhr verlagert.

Die Kommission zur Vorberathung des Gesetzes betr. den unlauteren Wettbewerb, welche Dienstag Abend tagte, hat die §§ 1-4 in erster Lesung erledigt. Beim Absatz 2 des § 1, der den Anspruch auf Schadenersatz demjenigen zubilligt, der durch unlauteren Wettbewerb geschädigt ist, entspann sich eine längere Diskussion. Die Regierungsvorlage enthält die Bestimmung, daß Schadenersatzpflichtig jeder sein soll, der unrichtige Angaben über Geschäftsverhältnisse öffentlich bekannt macht, wenn er die Unrichtigkeit der Angaben kannte oder kennen mußte. Abg. Schmidt (fr. Vp.) bemängelte, daß hiernach Zeitungen für redaktionelle Notizen und Inserate verantwortlich gemacht werden könnten. Der Regierungskommissar erklärte, daß dies auch in der Absicht des Gesetzes läge. Abg. Finsangel (Z.) schloß sich den geäußerten Bedenken an, während Singer den Antrag stellte, die Worte „oder kennen mußte“ zu streichen, weil durch dieselben geradezu zu einer bewußtlosen Rechtsprechung angereizt werde. Bei der Abstimmung erhielt die Regierungsvorlage die Majorität. Die §§ 2 und 3 der Vorlage wurden angenommen. § 4 handelt von der Bestrafung wissentlicher falscher Angaben über zum Verkauf angebotene Waaren. Nach kurzer Diskussion wird der Antrag gegen die freisinnigen Stimmen angenommen. Zu § 5 der nach der Vorlage dem Bundesrath das Recht giebt, Vorschriften gegen Quantitätsverschleierungen zu erlassen, beantragte Singer, daß solche Vorschriften dem Reichstage bei seinem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung vorzulegen sind. Der Antragsteller begründete den Antrag damit, daß der Reichstag nicht auf die Mitwirkung an der Gesetzgebung verzichten dürfe und keine Veranlassung habe, die diskretionäre Gewalt des Bundesraths zu erweitern. Es handelte sich um wichtige Erscheinungen im wirtschaftlichen Leben; bundesrathliche Erlasse auf diesem Gebiete könnten von einschneidender Wirkung sein und es sei gefährlich, das Gesetzgebungsrecht des Reichstages auf den Bundesrath zu delegieren. Wegen vorgerückter Zeit mußte die Berathung abgebrochen und die Diskussion des Antrages verlagert werden. Nächste Sitzung Donnerstag Abend 7 1/2 Uhr.

Die Kommission für das Erwerbs- und Wirtschafts-gesellschafts-Gesetz verhandelte am Mittwoch, den 22. d. M., über den § 145 a der Vorlage, durch den der Verkauf von Waaren seitens der Konsumvereins-Mitglieder an Nicht-mitglieder bestraft werden soll. Nachdem von Wurm und Schneider wiederholt der Antrag bekämpft worden war, durch den die Mitglieder der Konsumvereine in ihrem freien Verfügungsrecht über die gekauften Waaren beschränkt werden, nahm die Kommission Unterantrag von Dr. Kropatschek, Schneider, Münch-Ferber und dann den gesammten Antrag an, der nun dem § 145 a, Abs. 2, folgenden Wortlaut giebt: „Gleiche Strafe trifft das Mitglied, welches aus dem Konsumverein oder bei einem mit diesem in Verbindung stehenden Gewerbetreibenden bezogene Waaren von nicht unbedeutendem Werthe oder nicht unerheblicher Menge gewerbs- oder gewohnheitsmäßig an Nichtmitglieder veräußert oder seine zum Waarenkauf in einem Konsumverein berechnete Legitimation oder von einem Konsumverein zum Bezug von Waaren ausgegebene Marken oder sonstige Zeichen und Bezugsscheine zum Zweck unbefugter Waarenentnahme überläßt. Das Nichtmitglied, welches zu demselben Zweck von der für ein Mitglied ausgestellten Legitimation oder von solchen Marken, Zeichen und Bezugsscheinen Gebrauch macht oder auf andere Weise die den Waarenverkauf bewirkende Person zur unbefugten Waarenabgabe zu verleiten versucht, unterliegt derselben Strafe.“ Die Mehrheit der Kommission kann zwar nicht bestreiten, daß nach dem Wortlaut des angenommenen § 145 a sogar das Ablassen von Nahrungsmittein seitens eines Logiswirthes an seinen Chambergarnisten in jedem Falle mit Geldstrafe bis zu 100 M. belegt werden könne, nahm ihn aber doch an, bezieht sich jedoch für die zweite Lesung eine andere Formulirung vor. Auf Anfrage Wurm's erklärte der Regierungskommissar, daß der Verkauf von Emballagen (Kisten, Kästen) seitens des Konsumvereins an Nichtmitglieder (Fahrbändler u. dergl.) nicht als „regelmäßiger Geschäftverkehr“ aufgefaßt und bestraft werden könne. Nächste Sitzung Dienstag, den 26. d. M., vormittags 10 Uhr.

**Bitte lesen und ausschneiden!**  
 Ich gebe bei Einkauf von 1 M.: 30 Pfg. Rabatt, bei Einkauf von 50 Pfg.: 10 Pfg. Rabatt. [486]

**Brühl Nr. 7 im billigen Laden**

Emalliertes Geschirr zum Ausfuchen, Pfund . . . . .	40 Pfg.
25 Hogen Kanzleipapier . . . . .	25 "
5 Stück Prima-Bleistifte im Bund nur . . . . .	10 "
1 Meter Streifgurt nur . . . . .	6 "
1 Meter Gurtband, goldstreichig . . . . .	5 "
2 Dutzend Perlmutterknöpfe . . . . .	10 "
2 Contobücher nur . . . . .	15 "
1 Diarium nur . . . . .	5 "
Hocheleganter Federkasten, Hartholz, füllt 50 Bl., jeht 1 Shaggeife, füllt 40 Pfg., jeht nur 15 Pfg.	18 "

Sowie Rosenröhrer, Zwirne, Band, Hemdenknöpfe, Haarnadeln, Nähnadeln, Stecknadeln, Fingerhüte, Blechkassette und andere Artikel zu enorm billigen Preisen.

**Kommt und staunt.**

Ich bitte die hochgeehrten Damen und Herren Leipzigs und Umgegend, mein Unternehmen gütlich unterstützen zu wollen, da ich reell und mit 5 bis 7 Prozent arbeite und nur durch großen Umsatz solch billige Preise geben kann. Außerdem empfehle einen Posten

**Geschäftsmittelungen, Wechsel-Schema 50% billiger wie jede Konkurrenz.**

Schachtungsbock

**Hermann Jeschanowsky**  
 aus Königsberg (Preußen), jeht  
 Leipzig, Brühl Nr. 7.

**Keine Preiserhöhung**

so lange der Vorrat reicht! Ich bin und bleibe der billige Mann! Noch über 600 Paar Damen-Knopfstiefel von feinstem Kalbleder, fein gearbeitet, engl. Schnitt, spitz und breit, hohe und niedrige Köpfe, gelb und schwarz gefärbt, nur 8.50 Mark, echt russische Gummiüberziehschuhe f. Herren 3.75 M., f. Damen 2.75 M., Turnschuhe mit Gummisohlen für Herren 2.50 M., für Kinder 2 M., Sohlen und Platte für Herren 2.50 M., für Damen 1.70 M., Kinderchuhe, Leder, 45 Pfg., Filzschuhe 75 Pfg.

Herren-Langstiefel . . . . .	12.50, 14.50	
Herren-Schnürstiefel v. R. . . . .	6.-	
Herren-Schnürstiefel, beste . . . . .	7.50	
Herren-Schnürstiefel 6,50, Kalbf. . . . .	10.-	
Herren-Bromenadenschuhe . . . . .	4.50	
Herren-Hauschuhe . . . . .	2.90	
Knaben-Stulpenstiefel . . . . .	4.-	
Knaben-Schnürstiefel . . . . .	3-4.50	
Damen-Knopfstiefel . . . . .	5.50	
Damen-Leberstiefel . . . . .	4.75	
Damen-Bromenadenschuhe . . . . .	3.50	
Damen-Tuchstiefel (Lederbesatz) . . . . .	3.50	
Damen-Stephschuhe (Altschuh) . . . . .	2.50	
Filzschuhe f. Fr. 1.85, f. Dam. . . . .	1.80	
Wädhchen-Knopfstiefel . . . . .	3.-	
Altschuh . . . . .	2.75, Lederschuh . . . . .	3.50

Abends bis 10 Uhr geöffnet.

**F. Ehlers, Gohe Straße 52.**

**M. Kemski**  
 6 Nürnberger Str. 6  
 (neben der Städt. Apotheke)  
 empfiehlt sein großes Lager in

**Taschen-Uhren**  
 Regulatoren  
 und Weckern

wie auch seine Reparatur-Werkstätte u. s. w.

1 neue Uhr-Peder . . . . .	1.- M.
1 neue Uhr-Rapfel . . . . .	15 "
1 neue Uhr-Glas . . . . .	10 "
1 neuer Uhr-Feiger . . . . .	10 "
1 neuer Uhr-Ring . . . . .	10 "
1 neuer Uhr-Schlüssel . . . . .	05 "

10 Prozent Rabatt für Abonnenten der Leipziger Volkszeitung.

**ff. Bockwürstchen!**  
 als berühmte Spezialität, täglich frisch, empfiehlt [352]

**J. Kränzle Nachf. Br. Weinhold**  
 Windmühlenstraße 36/38.  
 Versand nach Auswärts per Nachnahme.

**Chirurgische Gummi-Waren,** sowie sämtliche Bedarfs-Artikel zur Kranken- und Gesundheitspflege empfiehlt billigst in bester Qualität. (Viele Neuheiten.)  
**Auguste Graf, Nikolaisstr. 4.**

Gut und solid gearbeitete Möbel, Spiegel und Polsterwaren auch Teilzahlung  
 Tapetieren, Auspolstern von Sofas und Matten in und außer dem Hause bei langjähriger Garantie.  
 Postkammerhof, Karl Uhlig, Zulfenstraße 25, 6042

**Cigarren, Cigaretten**  
 und Tabak empfiehlt [2196]  
**E. Kriebler, 2. Plagwitz**  
 Weissenfeller Str. 61, Ecke Mühlentor.  
 NB. Abonnements auf die Volkszeitung werden jederzeit entgegen genommen.  
**Ausgekämmte Haare kauft**  
**H. Klaus, Nürnberger Str. 37.**

**Speisefarctoffeln, pro St. 1.75 Pf.**  
 verkauft Dpt., Neustadt, Alleestraße 4, Volkmarstorf, Zulfenstraße 47.

**M. Kramer, Kleinzschocher**  
 Plagwitz Straße 10  
 empfiehlt feinste Tafelbutter  
 a St. 68, 68, 68 Pf., Rittgutebutter, a St. 68 Pf., Süßrahm-Margarine, a Pf. 60, 60, 60, 70, 75 Pf., ff. Schweizer- und div. andere Käse.

**Möbel, ganze Wirtschaften, Nachlässe, fäntz und verkauft stets [60] schade, Lindenau, Marienstraße 28, p.**

**Spiegel! Spiegel! Spiegel!**  
 100 Stk. schöne Spiegel, gr. Weiser-spiegel von 10 M. an, sind sol. auffallend bill. z. verk. Nürnberger Str. 16, 1.

**Gesellschafts-Anzüge, Winter-, Ueberzieher, Jacketts, Hosen verkauft und vertieft [407] Schaul, Große Fleischergasse 10, Goldene Krone.**  
 Bestf. m. Matv., Vert., Wasch- u. Sefalsche bill. auf Abzahl. z. verk. Bayer. Str. 6, 5, v.

**Oskar Hoffmann**  
 empfiehlt sein assortiertes Lager [421] von

**Herrenwäsche, Kravatten, Rosenzweigen, Tricotagen, Regenschirmen, Glacé- und Stoff-Handschuhen, Gde. Tauhaer und Mittelstraße, Sing. Tauhaer Straße.**

**Monatsgarderobe.**  
 Empfehle allerfeinste Winterpaletots, Mäntel, kompl. Anzüge, einzelne Jacketts, Weins Kleider u. nur Salzgähden 9, 1. J. Kindermann.  
 NB. Fracks und Gesellschafts-Anzüge auch selbsteife. [558]

**Oelsardinen**  
 1/2 Doz. 40-45 Stk. 1.80 M.  
 Vorkosthalle, Windmühlenstraße 7.  
 Handschlacht. Wint- u. Lederw. 65 Pf.  
 A. Krüger, Volkmarstorf, Gwuldfir. 21.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 23. Januar.

Das Berliner Polizeipräsidium treibt einen Handel mit Polizeinachrichten, die es unter bestimmten Honorarbedingungen an die Blätter aller Richtungen abgibt.

Doch immerhin ist dieser Zustand noch viel erträglicher als der in Leipzig, wo das Polizeiamt Nachrichten über allgemein interessierende Vorgänge nur an „gesinnungsbefähigte“ Blätter gelangen läßt.

Das Studium der Landwirtschaft an der Universität Leipzig wird mit Beginn des nächsten Sommersemesters durch eine Erweiterung erfahren, daß auch die landwirtschaftlichen Meliorationen und die Kulturtechnik in ausgedehnter Weise vorgetragen und Übungen auf diesen Gebieten gehalten werden.

wt. Ueber Heilkunde eröffnete Dr. Bentler gestern abend in Köhlers Gesellschaftsraum seinen Vortragszyklus mit einer Darstellung des Gesamtorganismus des menschlichen Leibes.

Aus der Handelskammer. In Bezug auf die Internationale Industrie-Ausstellung der Südafrikanischen Republik, die im Mai und Juni 1896 in Johannesburg stattfinden sollte, hatte die Handelskammer unter dem 3. Dezember vorigen Jahres eine Notiz veröffentlicht, die zur Vorsicht mahnte.

Der Erbauer des Reichsgerichtsgebäudes, Vaurat Hoffmann, ist, wie den Nachrichten aus Berlin mitgeteilt wird, für die leitende bautechnische Stelle im Reichsamt des Innern in Aussicht genommen.

Rechtsanwalt Dr. Fritz Friedmann wurde gestern durch Beschluß des Ehrengerichtshofes in Leipzig aus dem Stande der Rechtsanwälte ausgeschlossen.

Die Invalidenpensionen der Reichsbankbeamten. Das Reichsgericht hat gegen ein bemerkenswertes Urteil gefällt. Es hat entschieden, daß die Reichsbankkassen nicht gleichbedeutend seien mit der Reichskasse, und demnach die Reichsbankbeamten, obschon sie Reichsbeamte sind, ihre Militär- und Invalidenpension unvermindert neben ihrem Gehalt als Bankbeamte fortbezogen können.

Falsche kritische Tage des Jahres 1896. 1. Kritische Tage erster Ordnung: 30. Januar, 28. Februar, 29. März, 27. April, 9. August, 7. September, 8. Oktober und 5. November.

Vermißt wird seit dem 7. Januar aus seiner Wohnung, Sneyenaustraße 6, woselbst er bei seinem Sohne wohnte, der Handarbeiter Johann August Starke, geboren am 26. Oktober 1824 in Langenreichenbach bei Torgau.

Seinen Verletzungen erlegen ist der Eisendreher aus der Duesstraße zu Lindenau, der sich in selbstmörderischer Absicht eine Revolverkugel in den Kopf geschossen hatte.

Einen schlimmen Ausgang hat ein „Spaß“ genommen, den vor etwa 8 Tagen in einem Restaurant des Gerichtsweges ein Gast mit dem Wirt machte.

wurde in einer Klinik untergebracht, wo der Bedauernswerte an der genannten Verletzung inzwischen verstorben ist.

Eigentumsvergehen. Aus einem Grundstück der Witzschstraße wurde vergangene Nacht mittels Einbruchs eine große Anzahl Eisengeräte, darunter zehn Spitzhaken, gestohlen.

Ein Fahrradschwindler wurde gestern abend in der Großen Fleischergasse erwischt, der sich vor etwa einem Monate von einem hiesigen Fahrradfabrikanten einen Rover erschwindelt hatte.

Unfälle. Beim Beschneiden eines Baumes stürzte gestern im Johannisthal ein 29jähriger Gartenbesitzer herab, und brach sich den linken Oberschenkel.

Feuer entstand in einem Hofgrundstück der Kohlgartenstraße, wo eine unter der Treppe befindliche Kammer ausbrannte.

Diebstahl. Sonntag den 12. Januar 1896 hielt der hiesige Arbeiterverein im Gasthof zum schwarzen Hahn seine diesjährige Generalversammlung ab.

Aus der Partei.

Genosse Stücken in Hof wird in den nächsten Tagen eine achtmonatliche Gefängnisstrafe in Amberg antreten.

Amnestiert wurden weiter noch Genosse A. Hofmann in Saalfeld, Genosse Huth, früherer Redakteur der Thüringer Tribune in Erfurt.

Von der Wahlrechtsbewegung.

Nicht allein mehr in den Reihen der Sozialdemokraten, selbst bei den „Königsleuten“, „staatsbehaltenden“ Mitgliefern der evangelischen Arbeitervereine beginnt man sich gegen das beantragte Wahlrecht zu regen.

Trotzdem auch wir Gegner der Sozialdemokratie sind, laßt Euch nicht betören durch den Vortug: „Durch die indirekte Klassenwahl könne man die öffentliche Moral heben, welche die Sozialdemokratie vergiftet; dies Wahlsystem habe sich in Preußen trefflich bewährt, denn dort wäre der Landtag sozialistischer.“

Es ist denn die sozialdemokratische Arbeiterklasse überhaupt ein zu vernachlässigender Faktor oder eine Masse, deren Rechte man mit Füßen treten dürfe? Ist denn andererseits aber nur ein Schatten von Gefahr da, daß ihre Vertreter unter unserem heutigen Wahlrecht die anderen Parteien unterdrücken könnten?

Wer bedenkt von diesen Herren, daß heute zu den Gütern, die zu begehren sind das 10. Gebot wehrt, auch die zugestandenem staatsbürgerlichen Rechte gehören? Sie sind gerade für die Unbemittelten ein unschätzbare Gut, auf dem ihr berechtigtes Selbstgefühl beruht.

Professorenversammlungen, die sämtlich gut besucht waren, fanden statt in Freiberg, Markersdorf, in der Gegend zu Ernstthal, in Mylan.

Soziale Rundschau.

Die Lohnbewegung der Berliner Konfektionsindustrie ist jetzt ein gutes Stück weiter gekommen durch die einmalige Stellungnahme der Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Industrie von sechs zahlreich besuchten Versammlungen, die am Dienstag stattgefunden haben.

Um die elenden Zustände in der Konfektion in etwas zu heben, hält die Versammlung an den im vorigen Jahre auf den Konferenzen der Konfektionsschneider und Näherinnen zu Berlin und Erfurt aufgestellten Forderungen mit aller Energie fest, und beauftragt die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen, dieselben den Unternehmern, Händlern und Weisern zu unterbreiten.

Die als Ziel der Lohnbewegung aufgestellten Forderungen lauten nach dem Ergebnis der Versammlungen nunmehr wie folgt: 1. Anerkennung von festzusetzenden Lohnstarifen; 2. Errichtung von Betriebswerkstätten; der Endtermin wird auf den 1. Februar 1896 festgesetzt; 3. Einsetzung einer Kommission zur Austragung etwaiger Streitigkeiten, die zu gleichen Teilen aus Geschäftsinhabern oder deren Vertretern und aus Schneidern bestehen soll; 4. Eine anständige, eines Menschen würdige Behandlung, Noth Redensarten oder gar Handgreiflichkeiten (wie sie vorgekommen) müssen unterbleiben; 5. Schnelle Abfertigung bei Empfangnahme und Abliefern von Arbeiten. Bei länger als einständigem Warten wird pro Stunde 40 Pfg. vergütet; 6. Mindestens wöchentliche Lohnzahlung am Schluß jeder Woche; 7. Anerkennung von Arbeitsnachweisen in Händen der Arbeiter.

Nachen, 21. Januar. In Eupen streiken 1500 Weberinnen; sie fordern Lohnhöhung und bessere Behandlung.

In Mulda i. S. haben 20 Tischler der Richterschen Fabrik photographische Apparate die Arbeit niedergelagt, weil ihrem Vertrauensmann gekündigt wurde.

London, 22. Januar. Dem Glasgow-Mail zufolge ist der Schiffsbauerausschuß am Clyde und in Belfast besetzt. Der Arbeitervollzugsausschuß in London beschloß, die in Carlisle vereinbarten Bedingungen sollten angenommen und die Arbeiter in Belfast angewiesen werden, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Der Ausstand der Schiffsbauarbeiter ist, so wird der Post. Stg. aus Glasgow berichtet, beigelegt worden.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Dresden, 23. Januar. Die Sächsische Arbeiterzeitung schreibt: Der große Jubiläumstag der Gründung des heiligen deutschen Reiches wurde einem unter seinen Kollegen allgemein beliebten Arbeiter durch einen Mitarbeiter zum Unglückstag.

Letzte Nachrichten.

Wie die Bismarckschen Berliner Neuesten Nachrichten melden, haben die von der Regierung mit den Führern der einzelnen Fraktionen des Reichstages geflorenen Verhandlungen über eine größere Anleihe für Marinezwecke zu einem negativen Ergebnis geführt, und es wird demnach von der Einbringung einer derartigen Forderung Abstand genommen werden.

Und es wird fortgeknallt. Ein Pistolenduell fand im Botuliger Walde bei Rakel statt zwischen dem Gerichtsassessor Wolfstein aus Rakel und dem Rittergutsbesitzer Rittge aus Oregau; Wolfstein erhielt einen Schuß in die rechte Seite und wurde in die Vergammsche Klinik nach Berlin gebracht; Ritter blieb unverletzt.

Im Laufe des Gesprächs ließ sich nun Herr Ritter zu der Aeußerung hinreißen, daß sein vom Amtsgericht Rakel wegen einer Uebertretung zu drei Tagen verurteilter Knecht diese Strafe nicht erhalten hätte, wenn den Vorsitz in jener Gerichtsverhandlung nicht ein Jude, nämlich Herr Wolfstein, geführt hätte.

In der gestrigen Sitzung des niederösterreichischen Landtags kam es zu kühnen Szenen. Lueger sagte, die Regierung wolle den Kaiser zum Agitator für ihre Absichten machen. Bei der Verhandlung über den Dringlichkeitsantrag Luegers auf sofortige Ausschreibung der künftigen verfallenen Wiener Gemeinderatswahlen, der abgelehnt wurde, nannte Abgeordneter Pacher den verächtlichen Sozialisten, das bequeme Werkzeug der Klassenjustiz Holzinger, den Vizepräsidenten des Wiener Landgerichts, einen gewohnheitsmäßigen Justizmörder.

### Von Nah und Fern.

**Grimma, 22. Januar.** Am 20. Januar hat sich der zwölfjährige Knabe Paul Otto in Großbardau bei Grimma in dem Kuhstalle des Gutsbesizers Fleischer durch Erhängen entleibt.

**Döbeln, 22. Januar.** Auf dem Heimwege von der Schule ging am 20. d. M. in Döbeln der 14jährige Stiefsohn des Fabrikarbeiters Knorr in Holzspanstoffeln und mit dem Schutzhelm auf dem Rücken auf das Eis. Er glitt von einer Scholle in die Mulde und geriet sofort unter die Eisdecke im Wasser. Alle Rettungsversuche waren vergeblich. Der Leichnam konnte noch nicht geborgen werden.

**Leisnig, 21. Januar.** Die Diebe, die am 14. d. M. an einer in der Uferstraße in Döbeln gelegenen Cigarrenfabrik 2 Ballen Tabak im Gewicht von 3 Centnern und im Werte von 1000 Mk. gestohlen haben, sind hier durch die Gendarmen und die städtische Polizei ermittelt und verhaftet worden. Der Tabak, der mittels eines dazu in Döbeln gestohlenen Schlittens nach hier transportiert und dann in Ställen etc. verborgen worden ist, wurde bis auf den einen Teil vorgefunden und beschlagnahmt. Den Diebstahl zugestanden hat der Tabakarbeiter Aug. Robert Altermann aus Hainichen, der sich hier unter dem Namen Richter aufgehalten hat. Außerdem ist wegen Verdachts der Mithäterschaft der Cigarrenarbeiter Wöhner zur Haft gekommen, ein dritter Verdächtiger befindet sich zur Zeit noch auf freiem Fuße.

**Niesha, 22. Januar.** In der Kühnemannschen Fabrik fand vorgestern abend 1/6 Uhr eine Explosion statt, über deren Ursachen nähere Nachrichten noch fehlen.

**Grandenz, 21. Januar.** Der Gärtner Malewski in dem ostpreussischen Dorfe Kleingerswalde bei Guttstadt enthauptete auf einem Holzblocke mittels einer Axt sein acht Monate altes Kind und erhängte sich dann selbst bei der Heimkehr seiner Frau.

**Röth, 21. Januar.** Der berüchtigte Dieb Arthur Diez, der hier sowie in Frankfurt eine Anzahl Fahrräder gestohlen, sowie in zahlreichen rheinischen Hotels Brillantdiebstähle ausgeführt hat, ist heute unter strenger Bedeckung nach Frankfurt übergeführt worden.

**Erlenbach (bei Heilbronn), 21. Januar.** In großer Gefahr schwebten am letzten Montage die Schüler einer Klasse. Der Lehrer dieser Klasse hatte sich kurze Zeit aus dem Schul-

zimmer entfernt, und als er wieder zurückkehrte, fand er sämtliche 80 Kinder in bewusstlosem Zustande auf den Bänken liegend. Schnell öffnete er Fenster und Thür und trug die Kinder ins Freie. Nachdem sich bei den meisten noch Erbrechen eingestellt hatte, erholten sie sich aber sehr bald wieder. Das Unglück war dadurch entstanden, daß aus dem beschädigten Ofenschornstein Kohlenoxydgas entströmte war.

**Paris, 22. Januar.** Bei dem heute nachmittag in der Gießerei von Hotchik-Kanonen ausgebrochenen Feuer wurden das gesamte Werkzeug, 70 Maschinen und 150 Kanonen, darunter 40 an Frankreich zu liefernde, vernichtet. Welcher Verlust!

### Telegraphische Depeschen.

#### Privattelegramm der Leipziger Volkszeitung.

**m. Siegburg, 23. Januar.** Die großes Aufsehen erregende Verhaftung des Oberfeuerwerkers Nürnberg von der hiesigen Geschloßfabrik sowie eines in dieselbe Angelegenheit verwickelten Hauptmanns a. D. ist wieder aufgehoben worden. Beide Verhaftete sind auf freien Fuß gesetzt worden, nachdem die Sache nach stattgehabter Untersuchung angeblich nicht die Bedeutung habe, die ihr von der Behörde anfänglich beigelegt worden ist.

#### Veranstaltungskalender.

**Donnerstag: Sozialdemokratischer Verein v. West. Gesellschaften zu Wittenberg.** Ende halb 9 Uhr. Z. O.: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Jahresbericht. 3. Bericht der Revisoren. 4. Rechnung. 5. Antrag.  
**Sozialdemokratischer Verein v. Ost. Thüringer Ges. Volkswirtschaft.** Ende halb 9 Uhr. Z. O.: 1. Vortrag über: Herrschende Staatsherrschaft und Sozialdemokratie. 2. Tagesfragen. 3. Vereins- und Parteiangelegenheiten. Referent: Robertus Lorenz.  
**Freitag: Döbbeder. Gewerkschaftshaus, Mittelstraße 7, I. Abend 8 Uhr.** Z. O.: 1. Bericht vom Gewerkschaftsrat. 2. Aufstellung von Kandidaten zur Christenversammlung.

#### Briefkasten der Redaktion.

Der Sonderabdruck der Lotmarischen Arbeit ist da. **Volkmarsdorf.** Die Petitionskisten gegen die Verschlechterung und für die Erweiterung des Wahlrechts können auch von Frauen unterschrieben werden.

#### Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

**Freitag:**  
Speiseanstalt I (Johannisthal): Grüne Erbsen mit Kalbfleisch.  
Speiseanstalt II (Rosenhainstraße): Orkneyen mit Rindfleisch.

#### Theatervorstellungen.

##### Neues Theater.

Donnerstag den 23. Januar: 22. Abonn.-Vorstellung (2. Serie, rot).

##### Der Reihenschesser.

Ausfüllung in 4 Akten von Wustow von Moser.

Regie: Regisseur Hünjeler.

v. Rembach, Oberst u. Kommandant einer Festung . . . . . Hr. Körner  
Valeska, dessen Tochter . . . . . Fr. Saugora  
Sophie von Wittenheim, Witwe . . . . . Fr. Wande  
Frau von Verndt . . . . . Fr. Lauterbach  
Wittor von Verndt, Premierlieutenant . . . . . Dr. Stephany  
Reinhard von Feldt, Referendar . . . . . Dr. Hünjeler  
Frau von Welling . . . . . Fr. Rudolfi

Herr von Golewski . . . . . Hr. Kienjcher  
Herr von Schlegel . . . . . Hr. Frost  
Herr von Runge . . . . . Hr. Lenger  
Johann, Diener . . . . . Hr. Wad  
Minna, Kammerjungfer } bei Frau von Verndt . . . . . Fr. Schröder  
Peter, Vikars Diener . . . . . Hr. Thiele  
Erster } Unteroffizier . . . . . Hr. Ernst Müller  
Zweiter } . . . . . Hr. Kocal  
Erster } Freiwilliger . . . . . Hr. Keller  
Zweiter } . . . . . Hr. Schröder  
Diener bei Oberst von Rembach . . . . . Hr. Behrens  
Diener bei Frau von Wittenheim . . . . . Hr. Schmiedede  
Ein Herr . . . . . Hr. Richter  
Der 1. Akt spielt in der Wohnung der Frau von Verndt in einer großen Stadt. Der 2. und 3. Akt in einer größeren Festung im Hause des Kommandanten und auf der Citadelle. Der 4. Akt auf dem Gute der Frau von Wittenheim. — Zeit: Die Gegenwart.  
Nach dem 2. Akt findet eine längere Pause statt.  
Einlaß 1/7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 1/10 Uhr. **Schauspi.-Preise.**  
Villet-Verkauf an der Tageskasse von 10 (Sonn- u. Festtag) bis 3 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag (mit Aufgeld von 30 Pf.) von 1—3 Uhr.  
Spielplan: Freitag: Fideles. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Ein Sommernachtsstraum. Anfang 7 Uhr.

#### Altes Theater.

Donnerstag den 23. Januar.

Neu einstudiert:

#### Der Vice-Admiral.

Komische Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von F. Zell und Richard Genée (nach einem Entwurf des J. Meigen).

Musik von Karl Müllner.

Regie: Regisseur Linger. — Direktion: Musikdirektor Meyer.

Don Mirabolante, Graf de Miraflores, Grand von Spanien . . . . . Hr. Senke  
Cecilia } seine Tochter . . . . . Fr. Doral  
Sybille } . . . . . Fr. Widner  
Wida, eine Waise in Mirabolantes Hause erzogen . . . . . Fr. Wada  
Don Miguel de San Tibesou, Admiral u. Escadre-Kommandant der französisch-spanischen Flotte . . . . . Hr. Linger  
Genri, Herzog von Villeneuve, Vice-Admiral in französischen Diensten . . . . . Hr. Taubertger  
Donna Candida de quejada y Mendizabal . . . . . Fr. Bufe  
Doctoz } deren Söhne . . . . . Hr. Brinkmann  
Narciso } . . . . . Hr. Reiner  
Don Felipe de Cevalos, Kommandant . . . . . Hr. Schröder  
Don Fernando de Arguelles, Lieutenant des span. Admiralschiffes Guadeloupe . . . . . Hr. Neumann  
Verma, Stenermann } des spanischen Admiralschiffes Guadeloupe . . . . . Hr. Schild  
Bunta, Matrose } . . . . . Hr. Frank  
Brigant, Schiffslieutenant, Villeneuves Adjutant . . . . . Hr. Lenger  
Don Manrique, Admiralschreiber . . . . . Hr. Wad.  
Don Carabolo, Schulmeister . . . . . Hr. Wirtwint  
Lovel, englischer Seeoffizier . . . . . Hr. Keller  
Ein Diener . . . . . Hr. Renner  
Das Vorspiel spielt an Bord des spanischen Admiralschiffes Guadeloupe. Der 1. und 2. Akt spielt auf Don Mirabolantes Schloss Miraflores bei Cadix. Der 3. am besetzten Hafen von Cadix.  
Nach jedem Akt findet eine längere Pause statt.  
Einlaß 1/7 Uhr. Anfang 1/8 Uhr. Ende nach 10 Uhr. **Gew. Preise.**  
Villet-Verk. a. d. Tages-Kasse v. 10 (Sonn- u. Festt. 10<sup>1/2</sup>) bis 3 Uhr. Vorverkauf f. d. nächst. Tag (m. Aufg. v. 30 Pf.) v. 1—3 Uhr.  
Spielplan: Freitag: Fideles. Anfang 1/8 Uhr. — Sonnabend: Suenwittchen. Anfang nachm. 3 Uhr. Der Trompeter von Säckingen. Anfang 1/8 Uhr.

Die denkbar grössten Vorteile bietet mein alljährlich nur einmal stattfindender und nur kurze Zeit dauernder

# Inventur-Räumungs-Verkauf.

Unter den vielen spottbilligen Angeboten seien nur einige erwähnt:

<b>Glacé- u. Schwedische Handschuhe</b> früher: Mk. 4.50 — Mk. 1.90 jetzt: 2.75, 2.25, 1.75, 1.25, 1.00	<b>Glacé-Handschuhe mit Futter</b> Krimmer mit Leder, Waschleder früher: Mk. 5.50 — Mk. 1.90 jetzt: 3.50, 2.75, 2.25, 1.75, 1.25	<b>Ball-Handschuhe</b> früher: Mk. 4.50 — Mk. 0.95 jetzt: 2.25, 1.75, 1.25, 0.75, 50
---	---	--

**Seidene Tücher, Hosenträger, Regenschirme, Reisemützen, Strümpfe, Socken, Oberhemden, Kragen, Manschetten**  
und andere bisher geführte Nebenartikel

**zur Hälfte der früheren Preise**  
und darunter.

<b>Havelocks</b> früher: Mk. 33.— bis Mk. 16.50 jetzt: 25.50, 19.50, 16.50, 13.50, 10.50	<b>Krawatten</b> in allen Façons, bessere Qualitäten früher: Mk. 3.50 — Mk. 0.50 jetzt: 1.75, 1.50, 1.25, 0.75, 0.50, 25	<b>Hohenzollern-Mäntel</b> früher: Mk. 47.50 — Mk. 22.50 jetzt: 37.50, 28.50, 22.50, 19.50, 13.50
--	---	---

Petersstr. **Conrad Grau** Petersstr.  
Nr. 36 (Juridicum). Nr. 36 (Juridicum).  
Sämtliche Waren sind von bekannt guter Qualität. Umtausch findet nicht statt. Die früheren und die jetzigen Preise sind an jedem Gegenstande deutlich vermerkt.



Sächsischer Landtag.

(30. ordentliche Sitzung der Zweiten Kammer.)

Dresden, 21. Januar.

(Schluß.)

Abg. Stolte-Gesau: Die Censur, die der Herr Minister v. Meisch den Bewohnern der kleineren Gemeinden bezüglich ihrer Intelligenz gegeben hat, war nicht gerade schmeichelhaft, ich kann aber versichern, daß auf dem Lande bei den einfachen Leuten oft mehr gesunder Menschenverstand anzutreffen ist als auf den Universitäten. Die Bemerkung wird auf dem Lande keinen guten Eindruck machen. Was ist's denn nun mit der Autonomie der Gemeinden? Ihr Gemeinderat ist zusammengesetzt aus drei Viertel Anhängern und das fehlende Viertel gehört den Unanständigen; bei ihnen ist also von Autonomie gar keine Rede. Die Regierung soll erst durch ein Gesetz den Gemeinden volle Autonomie geben. Daß der Gemeinderat eine Behörde sei, trifft nicht zu; der Gemeindevorstand kann schließlich als solche gelten, nicht aber der Gemeinderat. Der Gemeinderat hat zunächst nur über untergeordnete Gegenstände zu verhandeln und ist in allem an die Verfügungen der Amts- und Kreisoberbehörden gebunden. Wenn der Minister prinzipiell für die Deffinitivität ist, wie geht es dann zu, daß die ihnen unterstellten Behörden anders beschließen? Wenn man das in Berlin liest, wird man sich sagen, daß der Minister zwar den guten Willen hat, aber Amts- und Kreisoberbehörden stehen über ihm. Der Minister sollte da schärfer gegen seine untergebenen Behörden vorgehen. Ich bin nicht dafür, daß wir die Petition auf sich beruhen lassen, sondern der Regierung übergeben, damit diese einmal amtlich Kenntnis bekommt von den Wünschen des Landes. Wenn der Minister prinzipiell für die Deffinitivität ist, soll er auch dafür sorgen, daß sein Princip Geltung erhält. (Sehr richtig! links.)

Minister des Innern v. Meisch: Ich lege Verwahrung dagegen ein, daß ich den Landbewohnern ihre geringere Bildung vorgeworfen haben soll. Ich habe diese Worte lediglich gebraucht im Zusammenhang mit der Tagesordnung, über die die Gemeinderäte zu beschließen haben. Nicht ihren Bildungsgrad, nur ihre Redegewandtheit und Geschäftserfahrung für öffentliche Verhandlungen habe ich gemeint. Im Gesetz ist gefordert, daß der Gemeinderat die beratende und beschließende Behörde in allen Gemeindeangelegenheiten — ich kann daher wohl die Mäßigkeit meiner Ansicht über die Stellung der Gemeinderäte dem Urteil der Kammer überlassen. Ich bin Anhänger des Principes der Deffinitivität und bin mir der Konsequenz dieser Neuerung völlig bewußt, aber in den verschiedenen Gemeinden sind so verschiedene Verhältnisse, daß man nicht schablonisieren kann; wenn mir die Deffinitivität für die Gemeinde nützlich erscheint, bin ich ein Freund dieser Maßregel, wenn sie aber das Gemeinwohl zu gefährden droht, bin ich bereit, entgegenstehende Beschlüsse der Amtshauptmannschaften zu halten. Der Erinnerung an größere Schärfe gegen die Behörden bedarf es nicht.

Abg. H. Lehmann-Görlich (kons.): Ich lebe schon lange auf dem Lande, habe aber selbst in größeren Gemeinden von 1000—1500 Einwohnern niemals den Wunsch auf Deffinitivität gehört. Die Gemeindevorstände haben nicht den großen politischen Zug, wissen aber in Gemeindeangelegenheiten genau Bescheid. In den Gemeinderäten giebt es genug Kampf auch ohne Kontrolle durch die Deffinitivität. Wo eine gewisse Aufsicht herrscht, mag die Deffinitivität nötig sein, aber nicht überall.

Abg. May (fortsch.): Stimmt dem Vorredner zu. Wenn Stolte, Hoffmann und Seifert schon in so einer öffentlichen Sitzung geessen hätten, würden sie eine ganz andere Meinung haben und auch gegen die Deffinitivität sein.

Abg. Geyer (Soz.): Der Herr Minister ist zwar für das Princip der Deffinitivität, er bricht aber gleichzeitig selbst ein gehöriges Stück davon ab. Diese Widersprüche sind wir ja von ihm gewohnt — es ist dies die Politik des Lavierens, die zu seiner früheren Zeit so geübt worden ist wie jetzt. Wir haben sie gesehen bei Besprechung des Vereins- und Versammlungsgesetzes gelegentlich der Versammlungsverbote in Hohenstein-Ernstthal, und wir sehen sie heute wieder. Die Parallele zwischen Stadtrat und Gemeinderat ist nicht zutreffend; der Stadtrat wird kontrolliert durch die Stadtvorordneten, der Gemeinderat aber nicht, und darum ist für ihn eine Kontrolle durch die Deffinitivität erst recht notwendig. Man soll nicht um gewisser Ausnahmen willen ein Princip fallen lassen. Ich glaube ja, daß in gewissen Gemeinden die Deffinitivität nicht gewünscht wird, aber das Princip sollte dennoch durchgeführt werden; wer nicht dafür ist, braucht ja nicht in die Sitzungen zu gehen. Die Autonomie der Gemeinden ist eine Autonomie mit behördlicher Erlaubnis. Wenn die Amtshauptmannschaften die Gemeinden so beeinflussen, daß ihre Beschlüsse nicht zur Ausführung kommen, dann kann doch von einer Autonomie nicht die Rede sein!

Abg. Hähnel: Die Fälle, wo den Gemeinderäten die nachgesuchte Deffinitivität verweigert wird, sind sehr selten. Wo sie

aber schädlich sein würde, muß sie verweigert werden — das ist keine Politik des Lavierens, sondern des Erhaltens. Vicepräsident Georgi (natl.): Der Minister hat sich auf einen unangenehmen Standpunkt gestellt: auf den Boden des Gesetzes. Von den Sozialdemokraten ist dem Minister etwas untergeschoben worden, was er gar nicht gesagt hat. Interessant war mir der Vorwurf des Lavierens. Sonst hört man immer in Ihren Blättern und Volksversammlungen, daß der Minister v. Meisch exreactionär sei, daß wir eine Reaktion hätten, so schwarz und fürchterlich, wie selbst zu Venus Zeiten nicht (Sehr richtig! links) und jetzt sagen sie wieder so. Sie wollen bloß dem Minister etwas anhängen. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Dr. Minckwitz (fortsch.) erzählt, daß in einer Gemeinde, wo die Deffinitivität eingeführt worden sei, an den drei ersten Sitzungstagen jemand zugehört habe, dann aber sei kein Mensch mehr gekommen.

Abg. Geyer: Ich verwehre mich dagegen, daß Georgi mir persönliche Motive unterstellt, wenn ich sachliche Opposition treibe; seine Vertrauensstellung als Vicepräsident giebt ihm nicht das Recht dazu. Welche Verwirrung muß durch eine solche Erklärung des Ministers entstehen! Wenn die Behörde das Recht hat, Beschlüsse des Gemeinderats nicht anzuerkennen, wo bleibt da die Autonomie? Das ist der Widerspruch! Und diese Widersprüche werden so lange anhalten, als die Politik des Lavierens anhält. Minckwitzens Beispiel beweist gar nichts. Weil die Gemeindeglieder verzögert, zu erscheinen, deshalb braucht man das Princip noch nicht fallen zu lassen. Wo die Gemeindeglieder in die Sitzungen kommen, ist das allgemeine Interesse jedenfalls besser gewahrt als da, wo niemand kommt.

Minister des Innern v. Meisch: Die Beschlüsse auf Einführung der Deffinitivität können nur auf statutarischem Wege durchgeführt werden, unterliegen also nicht der Autonomie der Gemeinden. Mir geht das Verhältniß nicht an, daß Geyer mir eine dilatorische Politik nachsagen kann. Dilatorisch heißt doch auf gut deutsch: aufschieben. Das trifft doch auf meine Erklärung nicht zu.

Abg. Stolte-Gesau bittet nochmals um Wort, erhält es aber nicht, da er bereits zweimal gesprochen. Die Debatte ist geschlossen. Das Schlußwort erhält der Berichterstatter.

Abg. Heymann: Ich habe mich an verschiedene Gemeinden gewendet, um über die Wirkung der Deffinitivität näheres zu erfahren, habe aber überall von den älteren Leuten gehört, daß nur junge, unreife Leute zur Sitzung kommen und ältere, erfahrene Leute nur deshalb mit ihren Worten zurückhalten, weil sie nicht am anderen Tage in der Fabrik etc. beredet werden wollen.

Abg. Stolte-Gesau beschwert sich, daß der Präsident nicht nach § 8 der Geschäftsordnung die Kammer befragt habe, ob sie ihm noch ein drittesmal das Wort gestatten wolle.

Präsident Katermann: Stolte hat diese Genehmigung nicht beantragt, deshalb lag für mich kein Anlaß vor, diese Genehmigung einzuholen.

Die Kammer läßt die Petition gegen die 14 Stimmen der Sozialdemokraten auf sich beruhen.

Nächste Sitzung Mittwoch vorm. 10 Uhr. Tagesordnung: 1. Erweiterung des Bahnhofes Werbau. 2. Erweiterung des Bahnhofes Mittweida. 3. Grunderwerb für eine künftige Erweiterung des Bahnhofes Föbha. 4. Grunderwerb in Gera-Porten.

\* Vergleiche hierzu die Äußerung desselben Ministers zu Beginn der Debatte: „Die Gemeinden sollen freie Entschliebung über diese Frage haben.“

(30. ordentliche Sitzung der Zweiten Kammer.)

Dresden, 22. Januar.

Die Wahlrechtsbewegung beginnt bereits ihre Wellen bis in den Landtag selbst zu werfen. Heute verhandelte der Präsident, daß bis jetzt 17 Proteste oder Resolutionen gegen die geplante Veränderung des Wahlrechts eingelaufen seien, da aber zur Zeit ein diesbezügliches königl. Dekret noch nicht vorliege, habe er dieselben zurückgelegt. Er werde bei weiteren Eingängen ebenso verfahren, diese sammeln und dann eventuell vorlegen.

Die heutige Sitzung wurde ausgefüllt durch die Beratung über verschiedene Titel des außerordentlichen Etats, Bahnhofsbauten betr. Wir geben sie in der Reihenfolge, wie sie zur Verhandlung gelangten.

Titel 14. Erweiterung des Bahnhofes Werbau. (Zweite Rate.)

Die Kosten hierfür sind bereits im vorigen Etat mit 1 200 000 Mark beziffert worden, stellen sich aber nach den speziellen Vorlagen auf 1 450 000 Mk. Die Mehrkosten sind entstanden durch die notwendig gewordene Verlegung eines Güterwagens und die Ueberführung der Holzstraße am nördlichen Ende der Station Werbau. 150 000 Mk. sind vom vorigen Landtag zu Arealerwerb bereits bewilligt, bleiben mithin noch erforderlich 1 300 000 Mk.

Abg. Theuerhorn (Natl.) verliest eine Rede mit statistischen Angaben über die Entwicklung des Verkehrs auf Bahnhof Werbau und spricht namens der dortigen Bevölkerung den Wunsch aus, daß die Linie Dresden-Werbau, die überall nur dem Namen nach zu finden sei, auch in Wirklichkeit wieder hergestellt werde. Im Rechnungswerk der Staatsbahnen stehe sie bezüglich ihrer Rentabilität immer an der Spitze, die Werbauer hofften deshalb auch auf direkten Personenverkehr mit Dresden; der dadurch für die Rüge bedingte Umweg betrage kaum 5 Minuten. Der Weg nach Neichenbach sei täglich 21 mal gesperrt. Für Zwischung sei besserer Anschluß zu wünschen.

Der Präsident macht den „Redner“ nachträglich darauf aufmerksam, daß das Ablesen von Neben nach § 4 der Geschäftsordnung verboten ist.

Die Position wird einstimmig bewilligt.

Titel 15. Erweiterung des Bahnhofes Mittweida. Auch dieser Posten ist eine Erbschaft aus dem Voretal. Die Gesamtkosten sind auf 1 044 000 Mk. veranschlagt; 205 000 Mk. sind bereits bewilligt, 839 000 Mk. sollen in dieser und die restierenden 400 000 Mk. in der nächsten Periode bewilligt werden.

Abg. Herfurth (natl.) wünscht die Erbauung einer Eisenbahn von Mittweida nach Burgstädt.

Der Posten wird einstimmig bewilligt.

Titel 31. Umgestaltung der Personenverkehrsanlagen auf der Haltestelle Ummritz.

Die vorhandenen Anlagen genügen dem Verkehr nicht mehr, es soll deshalb durch Niederdrückung einer Verlaßrampe auf Schienenhöhe, Erbauung eines neuen Haltestellengebäudes, wie auch eines Wirtschaftsgebäudes etc. den bestehenden Verhältnissen abgeholfen werden. Dazu sind 80 000 Mk. erforderlich, die einstimmig bewilligt werden.

Titel 37. Herstellung eines Ueberholungsgleises und Verbesserung der Güterverkehrsanlagen in Deutschenbora.

Auf der eingleisigen Strecke Melken-Döbeln-Vorsdorf kommen bei Station Deutschenbora häufige Zugüberholungen vor, was nicht nur große Betriebsstörungen, sondern auch direkte Gefahren verursacht, denen durch ein Ueberholungsgleis vorgebeugt werden soll. Dergleichen sind die Güterverkehrs- und Rangieranlagen mangelhaft. Die Regierung fordert zur Behebung dieser Uebelstände 114 000 Mk. Infolge einer Petition einer Anzahl Gemeinden um Herstellung einer Zufahrtsstraße von der Wilsdruff-Höfener Chaussee nach dem neuen Güterbahnhof werden noch 12 000 Mk. als Berechnungsgeld eingestellt und beide Posten einstimmig bewilligt.

Titel 16. Grunderwerb für eine künftige Erweiterung des Bahnhofes Föbha.

Im Voretal sind bereits 60 000 Mk. zu Arealankäufen am westlichen Ende des Bahnhofes bewilligt worden. Der geplante vollständige Umbau des Bahnhofes würde 2 400 000 Mk. erfordern. Durch Einrichtung eines neuen Rangierbahnhofes wird jedoch eine Entlastung des Bahnhofes Föbha. erhofft, so daß mit dem Umbau noch gewartet werden soll. Vorläufig sollen auf der Nordseite weitere Arealankäufe vorgenommen werden, die die Befestigung von fünf Schienenübergängen ermöglichen und dadurch den Bahnhof schon jetzt entlasten würden. Die geforderten 153 400 Mk. finden einstimmige Bewilligung.

Titel 18. Arealerwerb in Gera-Porten.

Bei der Mitbenutzung des königl. preuß. Bahnhofes Gera für den Geraer Güterverkehr glaubt die sächs. Verwaltung zu kurz zu kommen und will deshalb die Wasserung dieser Güter auf dem Bahnhofe Gera-Porten vornehmen. Die dadurch bedingte Erweiterung dieses Bahnhofes erforderte einen entsprechenden Grunderwerb, und die Regierung hat für 180 800 Mk. ein Grundstück von 544 Quadratmeter erworben, wozu sie nachträgliche Genehmigung erbringt. Die Regierung nennt die Kaufbedingungen günstig, der Referent Abg. Kramer bemängelt aber, das Areal sei zu teuer, habe nirgends eine Straßenfront, der Besitzer habe nur wenig Ertrag davon gehabt und offenbar den sächsischen Staat als melkende Kuh betrachtet. Eine Erweiterung dieses Bahnhofes sei aber nur nach der Seite dieses Grundstückes hin möglich gewesen und deshalb habe der Staat zugreifen müssen. Er empfiehlt die Bewilligung und die Kammer beschließt demgemäß.

Nächste Sitzung Donnerstag vorm. 10 Uhr. Tagesordnung: Schlußberatung über Kapitel 73 bis mit 87, mit Ausnahme des Kapitels 77a des Staatshaushaltsetats, das Departement der Finanzen betr.

Vereine und Versammlungen.

Der Sozialdemokratische Verein Leipzig-Süd hielt am 16. Januar seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Wittich einen Vortrag über den „Uebergang des alten Griechenland“ hielt. Der Referent führte aus, daß die Geschichte der alten Griechen eigentlich der Grundstein für die ganze Kulturgeschichte der Menschheit sei, da alles, was man in der Gegenwart um sich sieht, bei den alten Griechen schon vorhanden war. So hatten die Wissenschaften ihre Pflanz- und Pflegstätte im alten

Kleine Chronik.

Leipzig, 23. Januar.

H. Herbert Spencer, der Sozialistenhater. Der berühmte englische Soziologe ist ein immer leidenschaftlicher Hasser des Sozialismus geworden, und auf seine alten Tage fängt dieser geistreiche Wortführer der bürgerlichen Weltanschauung an, die geistigen Größenverhältnisse wie in einem Hohlspiegel zu sehen. Seine Selbstüberhöhung beleuchtet am besten wohl ein Brief Spencers, der der Leipziger Volkszeitung freundlichst zur Verfügung gestellt worden ist. Man lese:

The Mount Westham Kent, 29. Juni 1895.

Geehrter Herr!

Soeben sendet man mir aus Italien ein Exemplar der deutschen Uebersetzung von Prof. Ferris Werk: Sozialismus und moderne Wissenschaft. Diese Uebersetzung ist, wie ich annehme, von Ihnen angefertigt und auf dem Umfahlag haben Sie (wahrscheinlich nach Vorbild des italienischen Originals) meinen und Darwins Namen neben den von Marx gesetzt und die Porträts dieser drei darunter gesetzt.

Dies ist gleichbedeutend mit einer plumpen Verdröhung der Thatfachen. Die Ausführungen, die Ferris in der Vorrede als Entschuldigung giebt, schwächen nicht im geringsten die wirkliche Fälschung ab, die sich daraus ergibt, daß die Namen und Porträts auf dem Umfahlag zusammengestellt werden. Von zehn Personen, denen das Buch in die Hände fällt, werden neun die Vorrede nicht lesen, aber alle werden vom Titel den Eindruck davon mitnehmen, daß Darwin sowohl wie ich uns mit Marx verbunden hätten, um für den Sozialismus zu plädieren.

Es scheint mir, daß man nach der Ethik des Sozialismus nicht nur berechtigt ist, ohne Erlaubnis über das Eigentum anderer, sondern auch über deren Ruf zu verfügen, um in einen sowohl wie im anderen Falle nach Gutdünken Gebrauch von beiden zu machen. Mit bestem Gruß

Ihr Herbert Spencer.

Herr Spencer hat freilich alle Ursache, sich dagegen zu verwehren, für einen Verehrer des Sozialismus gehalten zu werden. Mit welcher feinen Nadeln wohl Karl Marx diese ergötliche Epistel gelesen hätte! Spencers Bild gehört wirklich nicht in eine Reihe mit dem des Pfadfinders der materialistischen Geschichtsauffassung. Was hat der lebende Marx zu thun mit dem toten Spencer?

Praktische Versuche mit den Röntgenschen Lichtstrahlen.

Aus Wien wird vom 21. Januar berichtet: Die hier heute von Professor von Mosetig an zwei zu operierenden Kranken mit Röntgenschen Lichtstrahlen gemachten Versuche hatten einen vollständigen Erfolg. Die photographischen Bilder zeigten mit größter Schärfe und Präzision die Defekte an der durch einen Revolver-Schuß verletzten linken Hand des einen Mannes und deutlich den Sitz des kleinen Projektiles, sowie auch bei einem Mädchen, bei dem eine Operation vorgenommen werden sollte, ganz deutlich den Sitz und das Wesen einer Verwundung am linken Fuß. Die Aufnahmen liefern ferner eine Handhabe für die genaue Bestimmung des Operationspunktes.

In Bern sind die Röntgenschen X-Strahlen zu medizinischen Zwecken verwandt worden. Der Vorfall ist folgender: Ein Kind, in dessen Hand eine Nadel gebrungen war, wurde von dem bekannten Chirurgen Professor Kocher zu Dr. Forster, Professor der Physik an der Berner Hochschule, gebracht und es gelang letzterem, mittelst der X-Strahlen vom Knochengeriße der verwundeten Hand samt der Nadel eine photographische Aufnahme zu gewinnen. Es konnte infolgedessen, ohne jeglichen operativen Eingriff, genau die Lage der eingebrungenen Nadel ermittelt und diese alsdann entfernt werden. — Professor Vincenti, Direktor des physikalischen Kabinetts an der Universität Padua, wendet die Methode Röntgens bereits in der Behandlung von Knochenfrakturen an. Der Fall einer unsichtbaren Abnormität einer Hand wurde so vortrefflich bargelegt, daß die Heilung ermöglicht scheint. Auch in Mailand werden von Professor Muzani und in Rom von Blaserna interessante Experimente angestellt.

Von dem vernünftigen norwegischen Polarforscher Eilwin Ayrup hat man, wie der Hoff. Zeitung geschrieben wird, bis heute noch nichts gehört. Kürzlich sind einige tüchtige Schneeschuhläufer, darunter zwei Brüder Ayrups und Cand. jur. Juell, Teilnehmer der Wellmannschen Nordpolexpedition von 1894, ins Dooregebirge gefahren, um von Jerkin aus, einer Touristenhütte und meteorologischen Station, die Ayrup am 27. Dezember verlassen hat, in Gemeinschaft mit Führern etc. die Nachforschungen zu beginnen. Die Hülfsexpedition ist mit vollständiger Ausrüstung zum Aufbruch in das Gebirge versehen. Die Militärverwaltung stellte Pelzkleidung und Schlafsäcke zur Verfügung. Alle Teilnehmer sind ausgezeichnet gut trainierte Schneeschuhläufer und im stamde, ausgeübten Strecken zu durchlaufen. Das meteorologische Institut war so aufmerksam,

eine Uebersicht über Wetter, Wind- und Temperaturverhältnisse im Dooregebiet, die Tage vom 26. bis 31. Dezember umfassend, ausgearbeitet. Danach lag in dieser Zeit ein Luftdruckmaximum über den centralen Teilen der skandinavischen Halbinsel mit stillem, schönem Wetter über den Hochgebirgsparthen. Die Temperatur war sehr niedrig, bis -30 Grad Celsius; auf den höchsten Stationen, wie Jerkin, war sie etwas höher. Die Minimumtemperatur betrug hier -17,2 Grad Celsius. Ayrup war beim Abgang von Jerkin mit Proviant für drei Tage und mit zwei Flaschen Portwein versehen. Es war seine Absicht, bei Jerkin einen Begleiter mitzunehmen; da er einen solchen nicht bekommen konnte, trat er, nur von einigen Hunden begleitet, die Reise allein an. Anscheinend ist nur wenig Hoffnung vorhanden, daß Ayrup noch lebt.

B-k. Voltaire über die Alters-Invalidenterversicherung. Bei dem großen Spötter und genialen Kritiker der Feudalwirtschaft, der als Bahndreher der bürgerlichen Revolution Unvergänglich gewirkt hat, bei Volttaire findet sich in den bei 1756 erschienene Abhandlung über Sitten und Geist der Völker (Essai sur les moeurs et l'esprit des peuples) ergötzenden Remarques (Bemerkungen) eine sozialpolitisch beachtenswerte Stelle. In der ersten der Remarques liest man: „Alle Welt ist darüber einig, daß man an Stelle der mörderischen Zuchthäuser, wo man Gott gelobt, auf Kosten anderer zu leben und unnützlich zu sein, Asyl für das Alter, das nicht mehr arbeiten kann, geschaffen werden müssen. Alle Welt sieht, daß jedes Gewerbe seine Greise, seine Invaliden hat, die der Name Spital erschreckt und die ihre Tage enden würden ohne zu erröten, in anders genannten Anstalten.“

Humoristisches.

Kundmachung. Im Nachlasse meines verstorbenen Vaters, des Advokaten Winkelmeier, befinden sich verschiedene Alten. Darauf Reflektierende mögen sich binnen sechs Wochen melden, da sie sonst eingestampft werden!

Starker Einfluß. Hausfrau: ... Auf das Centre, welches ein Künstler bewirkt, haben seine Familienverhältnisse oft bedeutenden Einfluß! Versuch: „Ganz gewiß. Ich kenne einen Maler, der malte früher nur „Stilleben“; seit er jedoch verheiratet ist, produziert er nur „Schlafensbilder“!

Griechenland; aber auch das Handwerk, von denen Bildhauer und Marmorbearbeiter die erste Stelle einnahmen, war schon lange vor Christi Geburt so weit gediehen, daß die von den Griechen gefertigten Arbeiten noch heute dem modernen Künstler als Muster dienen. Auch in der Landwirtschaft im Obst- und Weinbau waren sie allen anderen Völkern voraus: selbst als Seefahrer sind sie länger bekannt als die Phönizier. Nebst teile die Geschichte Griechenlands in drei Phasen, die erste, das goldene Zeitalter, vom Jahre 600 v. Chr. beginnend, die Mittelperiode von 300—146 und die dritte, der vollständige Niedergang Griechenlands vom Jahre 146 ab. In der ersten Periode hatten die Griechen noch ihren vom Volk gewählten König, der der tüchtigste Mann im Volke sein mußte, in der Arbeit wie in der Verteidigung des Landes. Unter dem Regiment der Volksherrscher konnte man schon eine Art Kommunismus erblicken, da alle Schöne sowie neu erobertes Land unter sämtliche bei der Eroberung beteiligten Männer geteilt wurden; auch war die Stellung der Frau eine viel freiere als in der Gegenwart. Aber mit der Verdichtung der Bevölkerung traten auch andere Verhältnisse ein. So konnte man sehen, wie ehemals vom Volke gewählte Männer sich bemühten, ihre innegehabten Ämter auch auf ihre Kinder zu übertragen, diese also erblich zu machen. Dadurch entstanden verschiedene Klassen und diejenigen, die in Ämtern waren, sahen sich nicht mehr für würdig, sich allen Arbeiten zu unterziehen, sondern lebten nur für Kriegsspiel und Jagd, während die anderen Bewohner sich mit dem Handwerk und der Landwirtschaft begnügen mußten. So begann in Griechenland die Lohnsklaverei. Die Vornehmen, wie sie sich nannten, wälzten alle Lasten und Steuern von sich ab auf die arbeitende Klasse. Es entstand so eine Korruption, die noch durch Verbindungen der feindlichen Völker von außen verstärkt wurde. Der lange Jahre andauernde peloponnesische Krieg brachte im Lande große Verwüstung hervor, und die Makedonier benutzten dies, unterwarfen Griechenland und machten es zur makedonischen Provinz. So ist dies ehemals so stolze Griechenland gefallen durch die Klassifizierung der Bewohner, durch die Teilung in Reiche und Arme und die damit im Zusammenhang stehende Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Der Vortrag wurde von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen. Unter Vereinsangelegenheiten gab sodann der Vorsitzende der Versammlung bekannt, daß das Stiftungsfest am 8. März stattfinden soll. Zum Schluß wurde an Stelle des bisherigen stellvertretenden der Genosse Mönch gewählt.

### Gemeinde-Zeitung.

Aus dem Stadtverordnetenjaare.  
(Sitzung vom 22. Januar 1896.)

Die Wasserbaudirektion zu Dresden spricht sich in einem Gutachten über die Möglichkeit der Anlage von Eisterbassin dahin aus, daß es zwar zulässig sei, so, wie es von dem betreffenden Leipziger Komitee geplant sei, die Bassins mit der Flußrinne in Verbindung zu bringen, daß eine solche Anlage aber wegen der sich nötig machenden Schlammreinigung nicht als vorteilhaft erscheinen könne. Es würde deshalb thunlicher sein, die Wasserbetten unabhängig und getrennt von der Flußrinne anzulegen.

Der Vorstand des Vereins Leipziger Gemeindebeamten hat an den Rat und das Stadtverordnetenkollegium ein Schreiben geschickt, in dem gegen den Antrag Herzog und Genossen, an den Landtag zu petitionieren, daß die Vergünstigung des § 30 der revid. Städteordnung und § 23 der revid. Landgemeindeordnung, nach denen festes Dienstverdienst nur zu 1/2 zur Kommunalbesteuerung kommt, in Wegfall kommen möge, Vorstellungen erhoben werden. Das Schreiben weist darauf hin, daß die Genehmigung zu Nebenarbeiten der Beamten vom Räte nur selten erteilt wird, die Gelegenheit zu Ueberstunden selten sei, sowie daß die Professoren, Reichsgerichtsräte und Offiziere nur ihr halbes Einkommen versteuern, die Lehrer auch noch durch die Ermäßigung des Schulgeldes besondere Vergünstigungen haben. Das Schreiben wird den Ausschüssen überwiesen.

Der Verband der Hausbesitzervereine hat eine frühere Petition, betr. die Reform der Immobilienversicherung, aufgenommen, der auch der Rat beigetreten ist. Ein Schreiben verlangt auch den Beitritt des Stadtverordnetenkollegiums zur Petition. Auch dieses Schreiben wird dem Verfassungsausschuß überwiesen.

Nach Eintritt in die Tagesordnung werden in den gemischten Schulausschuß nach dem Vorschlag des Wahlausschusses aus dem Kreise der Stadtverordneten die Herren Enke, Brunner, Schönherr, Seyffert, Simon und Dr. Steffens, aus dem Kreise der Bürgerchaft die Herren Fricke, Germann, Aniesche, Dr. Taube und Thebus gewählt.

Für das Graffi-Museum ist seit dem 1. August v. J. ein Aufwand von 3106.65 Mk. für Reinigung, Heizung, Wasserleitung, Beleuchtung etc. erfolgt, der bisher auf das Bancoconto gebucht war. Es wird beschlossen, diesen Posten auf Conto 13 des Haushaltes für 1895 zu nehmen und die Ausgabe bewilligt.

Der erste Vicevorsteher Stadtv. Mayer erstattete nun den Bericht des Finanzausschusses über das Budget für das Jahr 1896. Danach erfordern die Zuschusskonten ein Mehr von 416024.89 Mk., während die Ueberzusskonten nur ein Mehr von 75672.47 Mk. bringen. Die Gesamtausgaben für 1896 sind mit 20321000 Mk. eingestellt, das sind 438070 Mk. mehr als im Vorjahr. An Einnahmen sind außer den Steuererträgen 10685065 Mk. budgetiert, gegen 1895 97717 Mk. mehr.

Im Conto 47, direkte Abgaben, sind an Grundsteuer 50000 Mk. mehr als im Vorjahr eingestellt, trotzdem ist der durch die Einkommensteuer zu deckende Fehlbetrag auf 7895975 Mark beziffert, etwa 300000 Mk. mehr als im Vorjahr. Eine Erhöhung der Steuerimplya sei deshalb mit Sicherheit zu erwarten. Im ganzen würden sich am Haushaltesplan nur geringe Abträge machen lassen, da er mit großer Vorsicht aufgestellt worden sei. Zimmerlin ersucht der Redner, sich bei Beratung der einzelnen Conten der möglichsten Sparfahigkeit zu befleißigen.

Stadtv. Pollender benutzt die seltene Gelegenheit der allgemeinen Staatsberatung, um an verschiedenen Zweigen der städtischen Verwaltung Kritik zu üben. Zunächst giebt er für sich und die anderen im letzten Dezember auf Grund des kommunalen Programms der Sozialdemokratie gewählten Stadtverordneten die Erklärung ab, daß sie ohne jede Vereinbarungen ins Kollegium eingetreten und willens seien, nach besten Kräften und ihrer Einsicht in wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen mitzuwirken an der Ausbildung und Förderung des städtischen Gemeinwesens. Der hierbei einzuschlagende Weg werde von dem vorgelegten Haushaltesplan deutlich vorgezeichnet. Der zu deckende Fehlbetrag habe eine Höhe erreicht, wie nie zuvor. Es erscheine deshalb geboten, die „tragfähigen Schultern“ mehr zu beladen, deren Kraft wir bisher nur im Abschüteln der Lasten kennen gelernt hätten. Bei Beratung des neuen Steuerregulativs würden einmal zur Erhöhung der Steuererträge und andererseits zum Schutze der mittleren und unteren Bevölkerungsschichten eine Reihe von Anträgen eingebracht werden, die eine stärkere Progression in der Steuerleistung für

die hohen und höchsten Einkommen herbeizuführen beabsichtigen. Die oft geltend gemachten Einwände, daß eine stärkere Progression als bis zu 4 Prozent beim Normalsteuertax eine Konfiskation der Vermögen bedeute oder daß durch sie ein Wegzug der hohen Einkommenbezieher veranlaßt werden könnte, vermöge Redner und seine Freunde nicht als sich haltig anzuerkennen. Andere Anträge zum neuen Steuerregulativ würden das Ziel verfolgen, alle bisherigen Privilegien und Begünstigungen einzelner Kategorien der Steuerzahler zu beseitigen. So die bei der Kommunalsteuer nur zum Teil erfolgende Veranziehung der Einkommen der Universitätsprofessoren und der Reichsgerichtsräte sowie der festen Einkommen, welche letztere bei den Kommunalsteuern nur zu 1/2 in Anrechnung gebracht werden. Die steigende Tendenz der Fehlbeträge sei um so bedenklicher, als sie sich selbst in einer Periode vorübergehenden wirtschaftlichen Aufschwunges geltend mache. Um so träber seien die Aussichten für die Zeit der Krisis, die sich bereits mit dem Vorkrisen im Dezember angefühlte habe. In Zeiten wirtschaftlichen Niederganges würden die städtischen Finanzverhältnisse um so mehr ins Gedränge kommen müssen, je mehr sich die Stadt in unproduktive Unternehmungen, wie beim Pleißenburgprojekt, stürze, während sie produktive Unternehmungen, wie die elektrischen Straßenbahnen, der privatrechtlichen Ausbeutung überlasse.

Redner verlangt bei städtischen Arbeiten die Einführung der eigenen Regie. Eine Reihe sächsischer Städte und ländlicher Gemeinden seien sehr zu ihrem Vorteil hierzu bereits übergegangen. So habe beispielsweise Bautzen bei einer größeren Bauarbeit in eigener Regie über 100000 Mk. erspart, die bei Vergebung an Unternehmer den letzteren in die Tasche gestossen seien würden. Das auch von vielen Leipziger Stadtverordneten beschränkte Submissionswesen drücke einerseits auf die Arbeitslöhne, während es andererseits unter Umständen eine mangelhafte Arbeitsausführung veranlassen könne. Redner beruft sich auf ein für das Submissionswesen vernichtendes Urteil der Leipziger Gewerbetammer und kündigt für die Zukunft Anträge an, die auf Beseitigung der Ausschlüsse des Submissionswesens hinzielen. Auch im kommunalen Rahmen müsse eine gesunde Sozialpolitik betrieben werden. Um dies zu können, müsse man allerdings erst wissen, wie die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter und der in den städtischen Bureaus beschäftigten Hilfsarbeiter beschaffen seien, über die jeder amtliche Ausweis im Haushaltesplan fehle, während denselben über die Gehälter der Beamten eine umfangreiche Gehaltsliste beigegeben werde. Redner will deshalb einen Antrag einbringen, wird jedoch hieran vom Vorsteher Pfeiffer verhindert, weil die Stellung von Anträgen bei der allgemeinen Besprechung des Haushaltesplan nicht üblich sei. Stadtv. Pollender bemerkt, daß sein Antrag sich auf mehrere Conten beziehe, und daß deshalb seiner Einbringung bei den Einzelconten des Etats mit demselben Rechte Hindernisse entgegengekehrt werden könnten wie heute.

Vicevorsteher Pfeiffer bemerkt, daß Pollender dann die Unterschrift von 15 Mitgliedern des Kollegiums einholen und den Antrag schriftlich stellen solle.

Stadtv. Pollender beschließt sich und erklärt fortzufahren, daß er für den Mangel spezialisierter Lohnnachweise nur die Erklärung habe, daß es der Rat absichtlich vermeiden wolle, mit ihnen vor die Öffentlichkeit zu treten.

Gegenüber den nicht in städtischen Diensten befindlichen aber gewerkschaftliche Bestrebungen verfolgenden Arbeitern sei in letzter Zeit die vom Räte eingenommene feindselige Haltung unliebsam aufgefallen.

Vicevorsteher Pfeiffer: Das gehört nicht hierher. Stadtv. Pollender: Ich bin der Meinung, daß man bei der Generalberatung des Etats alle Beschwerden vorbringen kann.

Vicevorsteher Pfeiffer: Das können Sie bei den einzelnen Conten vorbringen.

Stadtv. Pollender: Das wird geschehen. Jedenfalls darf sich der Rat nicht wundern, daß in weiten Arbeiterkreisen über ihn ein sehr abweichendes Urteil in sozialpolitischer Hinsicht gefällt wird. Die feindselige Stimmung des Rates habe einen unheimlichen Zustand gezeitigt. Es werde ein zweifelhaftes Verdienst des Rates bleiben, nichts für die Förderung des sozialen Friedens gethan zu haben. Redner werde mit seinen Freunden gegen jede Zuwendung an private Vereinigungen stimmen, soweit der Zweck dieser Vereine nicht in der Unterhaltung von Institutionen bestehe, die gegebenen Falles, wie beispielsweise beim Kinderkrankenhaus, der Gesamtheit der Bevölkerung zu gute kommen. Mit Entschiedenheit wenden Redner und seine Freunde sich gegen Zuwendungen an Sport- und andere Vereine, die gelegentlich auch in Patriotismus machen. (Rufe: Psiu!) Derartige Vereine sollten ihre Auswendungen aus eigener Kraft freistellen. Redner will noch die Haltung des Rates zur Tagespresse beleuchten, wird jedoch vom Vorsteher hieran mit dem Bemerkten verhindert, daß dies nicht zur Tagesordnung gehöre. Redner schließt deshalb mit den Worten: Wenn die große Masse der Bevölkerung Vertrauen zur Stadtverwaltung fassen soll, so müssen Sie Umkehr halten und Maßnahmen herbeizuführen, die geeignet sind, den sozialen Frieden zu fördern und die Klassengegensätze zu mildern, so weit dies innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung überhaupt möglich ist.

Stadtv. Pollender fragt an, ob Beschränkungen, die gegen das gesamte Ratskollegium gerichtet sind, bei den einzelnen Conten besprochen werden können. — Vicevorsteher Pfeiffer erklärt, daß dies bei Conto 1 geschehen könne.

Stadtv. Streunel will nur festnageln, daß Pollender nicht im Namen der Ratsarbeiter gesprochen hat. Diese wären froh, wenn sie beim Rat arbeiten könnten.

Stadtv. Jacius bemerkt, daß so lange Pollender dem Stadtverordnetenkollegium angehören wird, er stets eine patriotische Wehrheit finden werde.

Bürgermeister Dr. Tröndlin: Sie muten mir doch wohl nicht zu, auf die ganzen Ausführungen des Stadtv. Pollender einzugehen. Nur zwei Punkte wolle er richtig stellen. Es ist der Vorwurf erhoben worden, daß das Ratskollegium die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter zu verschleiern suche. Er bemerke, daß hierüber spezialisierte Angaben im Haushaltesplan diesen zu wenig handlich machen würden. Stadtv. Pollender habe in den 14 Tagen, die er dem Kollegium angehört, sich ja kaum informieren können, sonst hätte er sich leicht die Auskunft holen können, daß das, was nicht im Budget steht, in den Rechnungen zu finden sei. Bezüglich der angeblichen feindseligen Stimmung des Rates bemerke er, daß der Rat von dieser Seite nicht feindselig behandelt werden würde, da keine er machen, was er wolle. Das Kollegium werde ihm aber zugeben, daß der Rat alles im Interesse der Stadt gethan habe, was zu ihm notwendig gewesen sei. Er widerspreche der Behauptung, daß der Rat von der Bürgerchaft feindselig betrachtet werde.

Nachdem Stadtv. Fähne einige Bemerkungen zum Schulconto gemacht, bemerkt

Stadtv. Zell: Sie haben sich darüber aufgehalten, daß mein Freund Pollender in seinen Ausführungen zu weit gegangen sei. Ich weiß nicht, ob Sie die Neben, die bei Besprechung des Haushaltesplan in großen Städten und im Landtage gehalten wurden, gelesen haben. Dort ist es allgemein Sitte, bei der Gesamtbefprechung des Haushaltesplan an der Verwaltung Kritik zu üben. Diese Einrichtung ist ja in Leipzig bisher nicht üblich gewesen, aber wir werden dafür sorgen, daß Sie sich daran gewöhnen werden. (Lachen.) Der Rat wird sein Regime danach einrichten müssen. Der Bürgermeister habe behauptet, daß sich die sozialdemokratischen Stadtverordneten in einer dauernd feindseligen Stellung gegenüber dem Räte befänden. Das sei nur bedingungsweise richtig, nämlich nur so lange, als der Rat nicht das Interesse der Gesamtheit im Auge habe. Es werde eine Zeit kommen, wo der Rat dankbar dafür sein werde, daß seine Vorlagen nur mit Hilfe der Sozialdemokraten durchgebracht würden. Redner erinnert an die Vorlagen über die Erweiterung der Armenvorbereitung, die zur Annahme gelangt sein würden, wenn schon damals eine größere Anzahl Sozialdemokraten im Kollegium gewesen wäre. Wenn es sich um in sozialpolitischer Hinsicht wirklich wertvolle Vorlagen handle, werde der Rat die Sozialdemokraten stets an seiner Seite finden können, nicht aber bei Vorlagen, die geeignet seien, die Klassengegensätze zu verschärfen.

Damit schließt die Allgemeine Beratung des Haushaltesplan. Es wird hierauf nach dem Vorschlag des Finanzausschusses das Conto 4, Pensionen, Vorlegender dem Rat genehmigt. Die Pensionen an Ratsmitglieder wird dabei um 8700 Mark für Pension an Stadtv. a. D. Pfeiffer erhöht.

Conto 5, Stadtorchester, wird gegen die acht Stimmen der anwesenden Sozialdemokraten genehmigt.

Conto 20, Bergwerkssteuer, das auch in diesem Jahre keine Erträgnisse aufweist und Conto 37, Fiskalische Entschädigungsrente, werden einstimmig genehmigt.

Bei Conto 40, Quartieramt, erklärt Stadtv. Pollender, daß er bei Beratung dieses Contos im Finanzausschuß gegen die wesentlichsten Positionen 7 und 12 gestimmt habe, um seine Gegnerschaft zum Militarismus zum Ausdruck zu bringen. Bei der Abstimmung im Plenum heute werde er nun gegen das ganze Conto stimmen. Das Conto wird gegen acht Stimmen genehmigt.

In Conto 45, Zinsen, beantragt der Finanzausschuß zu Position 24, „Zinsen von unterpfändlich versicherten Schulden 36288.10 Mark ordentlich“, den Rat zu ersuchen, mit den Inhabern derjenigen Hypotheken, die mit mehr als 4 Prozent zu verzinsen sind, in Verhandlung wegen Herabsetzung des Zinsfußes zu treten.

Bürgermeister Tröndlin macht darauf aufmerksam, daß dies nicht Hypotheken von Privaten, sondern von milden Stiftungen sind, deren Stifter von vornherein einen festen Zinsfuß zur Bedingung gemacht haben. Werde der Zinsfuß erniedrigt, so müßten die Zuschüsse zum Armen-Conto, dem die hohen Zinsen zu Gute kommen, erhöht werden. Das Conto wird mit dem Antrag des Ausschusses bewilligt. Desgleichen Conto 46, Tilgung der Anleihen, Bezirksvermögen und Reservefonds für die Mansfelder Aue.

Hierauf Schluß der Sitzung.

### Eine Banktreppe Chamberlains.

Der Sekretär der Kolonien, Chamberlain, hat am 21. Januar auf einem Bankett, das in London zu Ehren des neuen Gouverneurs von Luconia, Lamington, stattfand, eine Rede gehalten. Er führte aus, die Ereignisse in Südafrika würden den Gegenstand einer gerichtlichen Untersuchung in England und Afrika bilden. Er versicherte, die Engländer würden beide Teile hören, ehe sie ein Urteil abzugeben versuchen würden. „Vor wenigen Wochen erschien England allein stehend, umgeben von eifersüchtigen Nebenbuhlern und einer ganz und gar unerwarteten Feindseligkeit. Unsere Differenzen mit anderen Nationen, die seit langer Zeit bestehen, nahmen plötzlich drohende Verhältnisse an, und von Seiten, von denen wir in Anbetracht unserer Ueberlieferungen und einer gewissen Interessengemeinschaft Freundschaft und Achtung erwarten durften, wurde uns plötzlich mit Argwohn begegnet, und selbst mit Haß. Wir mußten sehen, wie unsere Friedensliebe als ein Zeichen der Schwäche und unsere Gleichgültigkeit auswärtiger Kritik gegenüber als eine Aufforderung zu Beleidigungen angesehen wurde. Wir mußten darauf gefaßt sein, daß unsere Niederlage mit schwer verhängter Genußnahme betrachtet wurde von unseren Nebenbuhlern. Kein besserer Dienst wurde uns jemals geleistet, als da wir in den Stand gesetzt wurden, aller Welt gegenüber zu zeigen, daß, während wir entschlossen sind, unsere Verpflichtungen zu erfüllen, wir ebenso entschlossen sind, unsere Rechte aufrecht zu erhalten. Vor drei Wochen stand das Mutterreich gänzlich isoliert, jetzt steht es sicher in der Kraft seiner eigenen Hilfsmittel und der Loyalität seiner Kinder im ganzen Reich. In zukünftiger Zeit wird der Bund des „Greater Britain“ (des größeren Englands) nicht nur für die eigene Sicherheit sorgen, sondern ein mächtiger Faktor sein für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens.“ Chamberlain schlug dann einen Trinkspruch auf den am Bankett teilnehmenden italienischen Volschaffer vor und sagte, daß italienische Volk sei ein treuer Freund und beständiger Verbündeter des vereinigten Königreichs gewesen. „Das italienische Volk hat sich mit uns geteilt in das schwierige Werk der Ausbreitung der Civilisation in Afrika, wir bewundern die Tapferkeit seiner Soldaten sowie seine Standhaftigkeit und seine Entschlossenheit. Mit Freude und Vertrauen blicken wir auf seinen letzten Erfolg.“ Der italienische Volschaffer Ferrero antwortete in „herzlicher“ Weise.

Auf das „größere Deutschland“ Kaiser Wilhelms antwortet der Minister der größten Seemacht der Erde, des gewaltigsten Kolonialreichs, mit dem Rufe nach: Greater Britain, einer Vereinigung der Gemeinwesen britischen Stammes zu einem durch einen Zollverein zusammengeflochtenen Verbands.

Das Kompliment an die Regierung der abessinischen Abenteurer, die in Watale ihren Höhepunkt erreicht haben, entbehrt nicht der Ironie. Hervorzuheben ist auch die Stelle, die die Differenzen mit anderen Nationen“ behandelt. Herr Chamberlain hat recht ungeschminkt und deutlich nach Deutschland hinübergewinkt.

Der Kriegsminister Lansdowne erklärte gestern abend in einer Rede in Salisbury, daß man fortfahren werde, die Klüftung weiter zu vertreiben.